NÜRNBERG FORSCHT

Partizipative Forschung mit zugewanderten Menschen zu Integrationsthemen in Nürnberg

Ergebnisbericht

„Einflussfaktoren auf die politische Teilhabe von Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Zuwanderungsgeschichte“

Projekt „Nürnberg forscht“

Inhalt

1. Einleitung und Projektüberblick 3
2. Projektaufbau und partizipative Umsetzung 4
3. Fallbeispiel: Forschungsgruppe 3 „Politische Teilhabe“ 9
Individuelle Faktoren 14
Strukturelle Faktoren 26
Gesellschaftliche Faktoren 44
Politische Faktoren 55
Fazit und Empfehlung aus den Ergebnissen der 3. Forschungsgruppe 59
4. Potenziale von Citizen Science für Forschung, Verwaltung und Stadtgesellschaft 60
Literaturverzeichnis 61
Anhang 63

Kofinanziert von der Europäischen Union
akademie cph caritas-pirckheimer-haus
NÜRNBERG

1. Einleitung und Projektüberblick

Im Januar 2023 startete das Bildungsbüro der Stadt Nürnberg gemeinsam mit der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus das auf drei Jahre angelegte Projekt „Nürnberg forscht – Citizen Science in der vielfältigen Stadtgesellschaft“. Ziel des Projekts ist es, neue Erkenntnisse über Migration und Integration in Nürnberg zu gewinnen – und zwar durch den innovativen Ansatz der Bürgerwissenschaft, auch bekannt als Citizen Science. Das Projekt ist Teil des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) 2021–2027 und wird von der Europäischen Union kofinanziert.

Citizen Science – Forschung durch Laien

Citizen Science ist insbesondere in den Naturwissenschaften etabliert: Dort engagieren sich interessierte Bürgerinnen und Bürger beispielsweise beim Zählen von Insekten oder Sternen. In den Sozial- und Geisteswissenschaften hingegen steckt dieser Ansatz noch in den Anfängen. Bürgerwissenschaftliche Aktivitäten in der Sozialforschung eignen sich aber sehr gut, um das Wissen von Bürgerinnen und Bürger für die Weiterentwicklung der Gesellschaft zu gewinnen. Gerade in gesellschaftsbezogenen Themenfeldern wie Migration bietet der partizipative Ansatz großes Potenzial: Das Alltagswissen von Bürgerinnen und Bürgern stellt eine wertvolle Ressource dar, die durch Social Citizen Science systematisch erschlossen werden kann. Die Teilnehmenden beobachten gesellschaftliche Entwicklungen in ihrem direkten Umfeld und können auf dieser Basis neue Impulse für die Forschung liefern.

Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Im Rahmen von „Nürnberg forscht“ sind insbesondere Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Zuwanderungsgeschichte[1] eingeladen, als Laienforschende aktiv am Projekt mitzuwirken. Unabhängig von Bildungsstand oder beruflichem Hintergrund bringen sie ihre persönlichen Erfahrungen in die Forschung ein. Sie werden dabei vom Bildungsbüro wissenschaftlich und von der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus pädagogisch begleitet.

Ziele und Nutzen des Projekts

Das Projekt verfolgt mehrere zentrale Ziele:

- **Gesellschaftliches Wissen sichtbar machen**: Das migrationsspezifische Vorwissen der Mitforschenden wird in den Forschungsprozess eingebunden, um neue Perspektiven auf Integration in Nürnberg zu gewinnen.
- **Stärken entdecken und Kompetenzen fördern**: Die Teilnehmenden entwickeln durch ihre aktive Rolle neue Fähigkeiten, lernen wissenschaftliches Arbeiten kennen und reflektieren ihre eigenen Integrationserfahrungen.
- **Gesellschaftlichen Mehrwert schaffen**: Die Forschungsergebnisse sollen zu einer höheren Sensibilität für Migrationsthemen, dem Abbau von Vorurteilen und einer größeren Akzeptanz von Vielfalt in Nürnberg beitragen.

Langfristig soll das Projekt nicht nur die Nürnberger Integrationspolitik mit neuen Impulsen unterstützen, sondern auch Wissenschaft und Öffentlichkeit inspirieren – etwa durch die Weitergabe von Erfahrungen und Methoden an vergleichbare Citizen Science Projekte.

[1] Die Begrifflichkeiten Zuwanderungsgeschichte, Zuwanderungsbiografie, Migrationserfahrung, Migrationshintergrund usw. bringen verschiedene Konnotationen mit sich und werden abhängig von Kontext und Akteur verwendet. In diesem Bericht werden daher kontextbezogen unterschiedliche Begriffe verwendet.

2. Projektaufbau und partizipative Umsetzung

Citizen Science in vier Forschungseinheiten – Aufbau und Durchführung

Das Projekt **„Nürnberg forscht“** gliedert sich in eine zweijährige Forschungsphase, die aus vier eigenständigen Forschungsgruppen besteht. Jede Gruppe umfasst rund sechs Monate und bietet Laienforschenden, die hier als Mitforschende oder Citizen Scientists bezeichnet werden, die Möglichkeit, sozialwissenschaftlich zur Integration und Vielfalt in Nürnberg zu forschen. Die Projektstruktur ermöglicht eine thematische und methodische Vielfalt, wobei die individuellen Lebensrealitäten der Teilnehmenden – insbesondere ihre Zuwanderungsgeschichte, Sprache, Geschlecht oder ihr Alter – gezielt berücksichtigt werden.

Vorbereitung und Qualifizierung

Bevor die eigentliche Forschung beginnt, durchlaufen die Mitforschenden eine Vorbereitungsphase, in der sie grundlegende Kenntnisse des wissenschaftlichen Arbeitens erlernen. Ziel ist es, gemeinsam eine Forschungsfrage zu entwickeln und darauf aufbauend geeignete Methoden zur Datenerhebung auszuwählen. In dieser Phase wird das Projektteam aus Bildungsbüro und der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus von externen Expertinnen und Experten unterstützt, die zusätzlich Fachimpulse zu wissenschaftlichen Themen geben.

Abbildung 1: Aufbau einer Forschungseinheit



Methodenvielfalt im Forschungsprozess und Beteiligung

Die konkreten **Untersuchungsmethoden** und der **Grad der Partizipation** variieren je nach Forschungsgruppe und hängen unter anderem von **Zeitressourcen, Sprachkenntnissen und Vorerfahrungen** der Mitforschenden ab. Eingesetzt werden klassische sozialwissenschaftliche Methoden wie:

- **Gruppendiskussionen**
- **Interviews**
- **Fragebögen**
- **…**

Daneben kommen auch **partizipative und kreative Methoden** zum Einsatz, etwa:

- **Photovoice**
- **Community Mapping**
- **…**

Diese breite Methodenpalette ermöglicht einen flexiblen und praxisnahen Zugang zur Forschung.

Wie die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Forschung grundsätzlich gestaltet sein kann, zeigt ein dreistufiges Modell nach Bonney et al. (2009): **Kontributive** Forschungsprojekte werden von Berufswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern verantwortet, während Citizen Scientists vorrangig als Datensammelnde partizipieren und nur selten Aufgaben der Analyse oder der Weiterverwendung der Ergebnisse übernehmen. In **kollaborativen** Projekten wird das Forschungsdesign zwar hauptsächlich von Berufswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern formuliert, aber Mitforschende sind an der Spezifizierung des Forschungsdesigns beteiligt sowie mit Datenanalyse und Auswertungsverfahren betraut. Dagegen sind Citizen Scientists in **ko-kreativen** Projekten in nahezu allen Schritten des Forschungsprozesses involviert.

Tabelle 1: Modell zu den Graden der Beteiligung in Citizen Science[2]

Aufgaben der Ko-Forscher.innen (KF) im Forschungsprozess	Kontributive Projekte	Kollaborative Projekte	Ko-kreative Projekte
Forschungsfrage(n) auswählen oder formulieren			●
Informationen und Materialien sammeln			●
Hypothesenentwicklung			●
Empirisches Forschungsdesign		◐	●
Datenerhebung oder Stichprobensammlung	◐	●	●
Stichprobenanalyse		●	●
Datenanalyse	◐	●	●
Interpretation der Daten und Ergebnisformulierung		◐	●
Veröffentlichung/Umsetzung der Ergebnisse	◐	◐	●
Diskussion der Ergebnisse und Entwicklung weiterer Forschungsfragen			●

Tabelle: Modell zu Graden der Beteiligung in Citizen Science (Legende: heller Kreis = KF involviert; dunkler Kreis = KF manchmal involviert), Quelle: Göbel et al. 2020: 16, nach Bonney et al. 2009

Die Beteiligungsgrad der Forschungsgruppen von „Nürnberg forscht“ reichte von kollaborativ bis ko-kreativ.

Projektsteuerung

Die Forschungsarbeit wurde von einem im Vorfeld aufgebauten **Netzwerk aus städtischen Institutionen, migrantischen Organisationen, Beratungsstellen und wissenschaftlichen Einrichtungen** begleitet. Diese Akteure haben ihre Perspektiven in den Forschungsrahmen mit eingebracht. Ein **Projektbeirat**, der sowohl die **vielfältige Stadtgesellschaft** als auch die **Wissenschaft** repräsentiert, unterstützt das Projekt mit **kritisch-konstruktiver Beratung** über den gesamten Projektverlauf hinweg.

Ergebnisse und Öffentlichkeitsarbeit

Die Ergebnisse jeder Forschungsgruppe werden **dokumentiert, veröffentlicht** und der **Stadtgesellschaft sowie der interessierten Öffentlichkeit** zugänglich gemacht. Die Forschungsergebnisse werden aufbereitet und in unterschiedlichen **Veranstaltungsformaten öffentlich präsentiert**. Je nach

[2] Zur möglichen Aufgabenverteilung innerhalb eines Citizen Science Projekts s. Hippler 2021, S. 10.

Thema und Art der Ergebnisse variiert die Form der Darstellung, um die Inhalte möglichst anschaulich und zielgruppengerecht zu vermitteln.

Beispiel Forschungsgruppe 2 – Frauengesundheit

Die zweite Forschungsgruppe hat ihre Ergebnisse unter anderem in Form eines visuellen Plakats aufbereitet. Dieses Plakat fasst zentrale Erkenntnisse übersichtlich zusammen und ermöglicht so eine leicht verständliche Vermittlung der Inhalte. Das Beispiel zeigt, wie das Projekt die Forschungsergebnisse mit unterschiedlichen Präsentationsformaten abwechslungsreich und verständlich darstellt.

Abbildung 2: Schaubild der wichtigsten Ergebnisse aus der zweiten Forschungsgruppe



Darüber hinaus wird der gesamte Forschungsprozess regelmäßig über die eigenen **Kommunikationskanäle des Projekts** – eine Projektwebseite sowie einen Instagram-Kanal – dokumentiert. Diese digitalen Plattformen ermöglichen es, das Projekt über die Stadtgrenzen Nürnbergs hinaus bekannt zu machen, Anknüpfungspunkte für zukünftige Entwicklungen zu schaffen und einen nachhaltigen fachlichen Wissenstransfer zu fördern.

Alle Ergebnisse und weiterführende Informationen sind auf der Internetseite und im Instagram-Kanal von „Nürnberg forscht“ verfügbar:

- Projektwebseite "Nürnberg forscht"
- Instagram-Kanal "Nürnberg forscht"

Forschungsgruppen im Überblick – Themen & Methoden

Die vier aufeinanderfolgenden Forschungsgruppen arbeiten unabhängig voneinander an einem Schwerpunktthema rund um Integration und Vielfalt in Nürnberg. Die Mitforschenden bringen ihre individuellen Perspektiven und Erfahrungen aktiv ein.

1. Forschungsgruppe (Juli 2023 – Februar 2024): Rassismuserfahrungen in Nürnberg

Die erste Forschungsgruppe (12 Mitforschende) untersuchte **Verhaltensstrategien von Menschen, die in Nürnberg Rassismus erleben**. Die Gruppe erarbeitete folgende Forschungsfrage: **„Welche Verhaltensstrategien entwickeln Menschen in Nürnberg, die von Rassismus betroffen sind?“**

Ziel der Studie war es, zu analysieren, wie Betroffene Rassismus wahrnehmen, wie sie damit umgehen, und welche Formen von Unterstützung sie vor Ort suchen oder erhalten. Besonders interessierte dabei

die Frage nach kurzfristigen und langfristigen individuellen Reaktionen auf Diskriminierungserfahrungen.

Methodisches Vorgehen:

- In der Vorbereitungsphase wurden die Mitforschenden in die sozialwissenschaftliche Forschung eingeführt.
- Die Gruppe entschied sich in einem partizipativen Prozess für **leitfadengestützte Interviews** als Erhebungsmethode.
- Insgesamt wurden **sechs Interviews mit Betroffenen** sowie **fünf Interviews mit Fachpersonen** aus dem Bereich Migration und Integration geführt.
- Die Daten wurden mittels **qualitativer Inhaltsanalyse** ausgewertet: Die Mitforschenden codierten die Transkripte und analysierten sie im Hinblick auf zentrale Themen wie Bewältigungsstrategien, Unterstützungsstrukturen und Handlungsspielräume.
- Ergänzend übernahm das Projektteam weiterführende Codierungs- und Analyseaufgaben.

Abbildung 3: Übersicht der Partizipation bei Datenerhebung und -auswertung

	Forschungsgruppe	Projektteam
Textarbeit	Überarbeitung des eigenen Transkripts & eines gemeinsamen Transkripts	Ergänzende Überarbeitung aller Transkripte
Entwicklung des Kategoriensystem	Erstellung der Hauptkategorien	Weiterentwicklung der Hauptkategorien und Ergänzung der Unterkategorien
Codierprozesse	Deduktives Vorgehen mit vier Hauptkategorien (händisch)	Ergänzendes deduktives & induktives Vorgehen (MAXQDA)
Analysen	Auswertung entlang vier Hauptkategorien	Kategorienbasierte Auswertung & Gruppenvergleiche
Interpretation	Gruppendiskussionen & Ableitung von Empfehlungen	Ergänzende Einordnung (Studien, Fachliteratur)

2. Forschungsgruppe (Februar – Oktober 2024): Frauengesundheit in Nürnberg

Die zweite Gruppe (18 Frauen) widmete sich dem Thema **Frauengesundheit** mit Fokus auf die Lebenslagen von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in Nürnberg. Sie ging der folgenden Forschungsfrage nach: **„Welche Faktoren beeinflussen die seelische Gesundheut von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in Nürnberg? Welche Strategien der Stressbewältigung wenden sie an?“**

Zentrale Themen der Gruppe umfassten:

- Psychischer Stress und mentale Gesundheit
- Familiäre Belastungen
- Anerkennung und gesellschaftliche Teilhabe
- Zugang zu Freizeit, Bildung und kulturellen Angeboten

Methodisches Vorgehen:

- Die Gruppe nutzte **Community Mapping**, um Erfahrungen und Strukturen sichtbar zu machen.
- Zudem fanden **Fokusgruppen** statt, um die individuellen Perspektiven der Teilnehmerinnen in einem geschützten Raum zu diskutieren und zu analysieren.

Die Ergebnisse sollten Einblicke in Lebensrealitäten geben, die bisher in der kommunalen Gesundheitsdebatte zu wenig berücksichtigt werden.

Abbildung 4: Übersicht der Partizipation bei Datenerhebung und -auswertung

	Forschungsgruppe	Projektteam
Datenerhebung	Durchführung einer externen Fokusgruppe, Community Mapping	Durchführung von zwei internen Fokusgruppe, ein Expert*innen-Interview
Datenauswertung		Qualitative Inhaltsanalyse, Auswertung der Community Map
Interpretation	Gruppendiskussionen & Ableitung von Empfehlungen	Ergänzende Einordnung (Studien, Fachliteratur)
Präsentation	Vorstellung des Schaubilds	Formulierung des Forschungsberichts

3. Forschungsgruppe (November 2024 – Juli 2025): Politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte > s. Kapitel 3. Fallbeispiel: Forschungsgruppe 3 „Politische Teilhabe“

4. Forschungsgruppe (ab Mai 2025): Wahrnehmung kultureller Angebote in Nürnberg

Die vierte und aktuell laufende Forschungsgruppe befasst sich mit Kulturangeboten und kultureller Teilhabe in Nürnberg auseinander. Sie geht der folgenden Forschungsfrage nach: **„Wie werden kulturelle Angebote in Nürnberg von Menschen wahrgenommen?“**

Im Zentrum stehen dabei:

- **Zugänglichkeit und Barrieren** im Kulturbereich
- **Repräsentation und kulturelle Vielfalt** in bestehenden Angeboten

Die Gruppe befindet sich noch in der Vorbereitungsphase. Mit einer quantitativen Umfrage auf unterschiedlichen Nürnberger Kulturveranstaltungen sollen Einblicke in die Wahrnehmung, Funktion und Nutzung von lokalen Kulturangeboten gewonnen werden, um damit Aspekte der kulturellen Teilhabe näher zu beleuchten. Die Umfrage richtet an alle Menschen, die in Nürnberg Kulturangebote nutzen.

Empowerment und pädagogische Begleitung

Die pädagogische Begleitung stellte während der gesamten Forschungsarbeit einen zentralen Baustein im Projekt „Nürnberg forscht“ dar. Mitforschenden sollen nicht nur fachlich, sondern auch persönlich in ihrer Rolle als aktive Forschende gestärkt werden.

Ein wesentlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit waren **strukturierte Einstiege in nahezu jedes Forschungstreffen**, sogenannte *Warm-ups*. Diese kurzen Übungen dienten nicht nur der Auflockerung, sondern erfüllten gezielt pädagogische Funktionen. Sie halfen dabei, einen Übergang vom Alltag in die gemeinsame Arbeit zu schaffen, die Konzentration zu fördern und ein positives Gruppenerlebnis zu ermöglichen.

Bei der pädagogischen Begleitung stand die **Förderung des Gemeinschaftsgefühls** dabei im Vordergrund. Durch gemeinsame Aktivitäten entstand ein Raum des Vertrauens, in dem sich alle Beteiligten sicher und wertgeschätzt fühlen konnten. Gerade bei sensiblen Themen, bei denen persönliche Erfahrungen und Emotionen eine Rolle spielten, war dieser **geschützte Rahmen** entscheidend, um Offenheit und Reflexion zu ermöglichen.

Darüber hinaus stärkten gezielte Übungen **das Selbstvertrauen und die Ausdrucksfähigkeit** der Teilnehmenden. In einem wertschätzenden Umfeld wurde ermutigt, eigene Gedanken und Erkenntnisse zu teilen, sich in Präsentationssituationen auszuprobieren und Verantwortung im Forschungsprozess zu übernehmen. Diese Erfahrungen führten zu einer sichtbaren Entwicklung bei den Mitforschenden – sei es in Form von wachsendem Engagement, steigender Selbstsicherheit oder der Bereitschaft, eigene Ideen und Formate in das Projekt einzubringen.

Im Verlauf der Forschungstreffen war zu beobachten, wie die Teilnehmenden zunehmend **aktive Rollen im Projekt übernahmen**, bis hin zur eigenständigen Durchführung einzelner Forschungsschritte wie z. B. einer Fokusgruppe. Damit leistete die pädagogische Begleitung einen wichtigen Beitrag zum Empowerment der Mitforschenden – sowohl im Hinblick auf die Forschung als auch auf ihre persönliche Entwicklung.

3. Fallbeispiel: Forschungsgruppe 3 „Politische Teilhabe“

3.1. Einleitung

Die politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland ist in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus wissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Diskussionen gerückt. Angesichts einer Gesellschaft, in der rund 29 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund aufweist (Statistisches Bundesamt 2023), stellt sich die Frage nach gleichberechtigtem Zugang zu politischen Gestaltungsräumen mit besonderer Dringlichkeit. Der aktuelle Forschungsstand zeigt jedoch deutlich: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit bestehen weiterhin erhebliche Teilhabelücken.

Zentral ist hierbei die Differenzierung zwischen elektoraler und nicht-elektoraler Partizipation. Während sich Menschen mit Zuwanderungsgeschichte seltener an Wahlen beteiligen – etwa lag die Wahlbeteiligung 2017 laut dem SVR[3] bei Personen mit Migrationshintergrund nur bei 65 % gegenüber 86 % bei Personen ohne Migrationshintergrund –, sind sie im Bereich nicht-elektoraler politischer Aktivitäten (z. B. Demonstrationen, Petitionen, Engagement in Initiativen) oftmals gleich aktiv oder sogar überdurchschnittlich engagiert. Insbesondere die zweite Generation zeigt hier vergleichbare Beteiligungsraten wie die Mehrheitsgesellschaft (SVR-Forschungsbereich 2020).

Ein zentrales Problem bleibt jedoch die strukturelle Unterrepräsentation: Im Bundestag wie in den meisten Landesparlamenten sind Menschen mit Migrationsgeschichte weiterhin deutlich unterrepräsentiert (ca. 12 % Mandatsträgerinnen und -träger im Bundestag gegenüber 29 % Bevölkerungsanteil) (Bergmann; Çelik; Wüst 2024). Auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen oder

[3] Sachverständigenrat für Integration und Migration

Parteien sind ihre Teilhabechancen oft durch institutionelle Barrieren, Diskriminierungserfahrungen und mangelnde Repräsentanz in Entscheidungsstrukturen eingeschränkt (Dege, Nicke 2022).

Nicht zuletzt wird politische Partizipation durch rechtliche Ausschlüsse erschwert: Rund die Hälfte aller Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland besitzt keine deutsche Staatsbürgerschaft und ist somit von Bundestags- und Landtagswahlen ausgeschlossen (SVR-Forschungsbereich 2020). Gerade auf kommunaler Ebene, wo politische Entscheidungen unmittelbar die Lebensrealität betreffen, kommt der Beteiligung von zugewanderten Menschen daher besondere Bedeutung zu. Hier bestehen – zumindest für EU-Bürgerinnen und -Bürgern – eingeschränkte Wahlrechte; für Drittstaatsangehörige bleiben jedoch auch kommunale Mitbestimmungsmöglichkeiten formal begrenzt.

Gleichzeitig zeigen Studien, dass viele Menschen mit Migrationsgeschichte ihr politisches Engagement gerade auf der lokalen Ebene ausleben – etwa über Selbstorganisationen, Beiräte, Nachbarschaftsinitiativen oder Beteiligungsgremien. Nicht-elektorale Partizipationsformen gewinnen hier an Relevanz und verweisen auf ein erweitertes Verständnis politischer Teilhabe jenseits klassischer Wahlbeteiligung (European Commission 01.04.2025, Wallis 17.09.2018). Dennoch sind auch kommunalpolitische Strukturen häufig durch Exklusionsmechanismen geprägt und reproduzieren gesellschaftliche Ungleichheiten.

Vor diesem Hintergrund widmet sich die vorliegende Untersuchung der 3. Forschungsgruppe von „Nürnberg forscht“ der politischen Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsbiografie. Die Stadt Nürnberg bietet sich als Untersuchungsfeld in besonderer Weise an: Mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Einwohnerinnen und Einwohnern mit Zuwanderungsgeschichte und einer vielfältigen politischen Landschaft stellt sich die Frage, inwieweit bestehende Beteiligungsstrukturen tatsächliche Teilhabe ermöglichen – oder bestehende Exklusionsmuster fortschreiben. Ziel der Citizen-Science-Studie ist es, über die mit den Forschungsbeteiligten erarbeiteten qualitativen wie quantitativen Zugänge (Interviews und Befragung unter zugewanderten Nürnbergerinnen und Nürnbergern) Einblicke in Erfahrungen, Motive und Hürden politischer Beteiligung auf kommunaler Ebene zu gewinnen und diese vor dem Hintergrund des bundesweiten Forschungsstandes und gemäß des gewählten Forschungsansatzes mit den aktiv beteiligten Mitforschenden kritisch zu reflektieren.

3.2. Forschungsdesign

Das folgende Kapitel stellt den partizipativen Prozess innerhalb des Citizen-Science-Projekts, die Forschungsgruppe der dritten Forschungseinheit sowie das methodische Vorgehen vor.

3.2.1. Partizipative Forschungseinheiten

Entlang des bereits beschriebenen Citizen Science Ansatzes *(s. Kapitel 2)* wurden die Mitforschenden auch in dieser Gruppe eng in die Forschungsarbeit eingebunden. Der Grad der Partizipation lässt sich daher als kollaborativ bezeichnen.

3.2.2. Forschungsgruppe und -treffen

Im Vorfeld der dritten Forschungseinheit fand eine intensive Akquise durch das Projektteams statt, um Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Nürnberg über das Forschungsprojekt zu informieren und für eine Beteiligung zu gewinnen. Die Bewerbung des Projekts erfolgte über verschiedene migrantische Organisationen, Vereine und Netzwerke sowie öffentliche Internetaufrufe.

An dieser Forschungsgruppe beteiligten sich insgesamt 14 Frauen und Männer im Alter von 21 bis 70 Jahren mit unterschiedlichen beruflichen Werdegängen. Die Teilnehmenden hatten unterschiedliche

Migrationsbiografien. Viele lebten bereits seit Jahrzehnten in Nürnberg, während einige erst vor ein paar Jahren zugewandert sind. Einige haben vor kurzem die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

Die Forschungsgruppe kam von November 2024 bis Juli 2025 insgesamt zu 18 Forschungstreffen im zweiwöchentlichen Rhythmus zusammen.

Tabelle 2: Forschungsetappen

Nov. 2024 – Feb. 2025	• Allgemeiner Einblick in sozialwissenschaftliche Forschung • Begriffsbestimmung „Politische Teilhabe“ • Vortrag „Kommunalpolitik und Wahlrecht: Rechte und Repräsentation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte • Erarbeitung möglicher Fragestellungen zum Thema „Politische Teilhabe“ • Grundlagen der Methoden der quantitativen und qualitativen Forschung und Wahl der Methoden.
Feb./März 2025	• Erstellung Interview-Leitfaden & Umfragebogen • Schulung der Mitforschenden zur selbstständigen Durchführung von leitfadengestützten Interviews • Verbreitung der Online-Umfrage in persönlichen Netzwerken und Communitys

April/Mai 2025	• Datenerhebung
	  ○ Durchführung der quantitativen Online-Befragung
	  ○ Durchführung der leitfadengestützten Einzelinterviews

Mai - Juli 2025	• Datenanalyse • Reflexion der Ergebnisse und Entwicklung von Empfehlungen • Präsentation der Ergebnisse

Nach einem grundlegenden Einblick in sozialwissenschaftliche Methoden und Arbeitsweisen erarbeitete die Gruppe ein gemeinsames Verständnis zum Begriff „Politische Teilhabe“ und beantwortete die Fragen, was darunter zu verstehen ist und welche Formen der Beteiligung es gibt. Im nächsten Schritt sammelten die Mitforschenden sämtliche Fragen, die sie im Kontext einer wissenschaftlichen Untersuchung zur politischen Teilhabe Zugewanderter interessieren würden und ordneten sie einem möglichen Erhebungsverfahren zu. Zur Wahl standen die klassischen Methoden der Sozialforschung: eine quantitative Untersuchung in Form einer standardisierten Befragung oder ein qualitatives Verfahren in Form eines offenen Interviews mit Expertinnen und Experten.

Das Projektteam wertet die von der Gruppe eingebrachten Fragen im Hinblick auf Machbarkeit und passende Methoden aus, um im nächsten Schritt gemeinsam ein leitfadengestütztes Interview und eine Befragung zu entwickeln und die Erhebungen durchzuführen.

Im Anschluss wurden die Daten in den jeweiligen Programmen vom Projektteam ausgewertet und analysiert. Die Mitforschenden erhielten dabei einen detaillierten Einblick in die jeweiligen Auswertungsverfahren und waren vor allem, bei der qualitativen Datenanalyse stärker involviert.

3.2.3. Methodisches Vorgehen

Aufgrund des beteiligungsorientierten Forschungsansatzes und der Gruppenstruktur entschied sich das Projektteam in der dritten Forschungseinheit für einen Methodenmix aus zwei Ansätzen der Sozialforschung:

- quantitative Befragung
- Leitfadengestützte Interviews mit Expertinnen und Experten

Diese beiden Methoden bilden die Datenbasis der Studie, die die Forschungsfrage nach den ***Einflussfaktoren auf die politische Teilhabe von Nürnbergerinnen und Nürnbergern mit Zuwanderungsgeschichte auf kommunaler Ebene*** beantworten soll. Im Folgenden werden diese Methoden genauer beschrieben.

Tabelle 3: Übersicht über die quantitative und qualitative Datenerhebung und Auswertung

Zeitraum der Datenerhebung	31. März bis 9. Mai 2025
Art der Datenerhebung	1 Online-Befragung in Lime Survey (2 Pretests) 6 leitfadengestützte Einzelinterviews
Stichprobe	**Online-Umfrage:** Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus Nürnberg. N = 123 *Hinweis: aufgrund der limitierten Rahmenbedingungen im Projekt ist die Stichprobe selektiv und nicht repräsentativ, die Distribution der Umfrage erfolgte gezielt über lokale migrantische Organisationen, Vereine, Netzwerke und persönliche Kontakte; keine Kontrollgruppe* **Interviews:** 5 Personen aus der Nürnberger Stadtpolitik und 1 Person aus der überregionalen Beratungspraxis • Marcus König in seiner Funktion als Oberbürgermeister und leitende kommunalpolitische Instanz • Réka Lörincz, Dr. Nasser Ahmed und Werner Henning als aktive Personen im Stadtrat mit eigener Zuwanderungsbiografie • Sorush Mawlahi, Vorsitzender des Integrationsrates Nürnberg • Mitra Sharifi-Neystanak, Vorsitzende der AGABY[4] als externe Expertin zu integrationspolitischen Fragen
Art der Auswertung	Auswertung der Umfrage mit SPSS[5] / Excel Digitale Codierung der Interviews und Auswertung nach Kategorien in MAXQDA[6]

[4] Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns e.V
[5] Software für statistische Datenanalyse
[6] Software zur computergestützten qualitativen Datenanalyse

Abbildung 5: Übersicht der Partizipation bei Datenerhebung und -auswertung

	Forschungsgruppe	Projektteam
Datenerhebung	Entwicklung Interview-Leitfäden und Online-Befragung	Ergänzende Überarbeitung
Entwicklung des Kategoriensystem	Ableitung aus Leitfäden	Weiterentwicklung der Haupt und Unterkategorien
Codierprozesse	Deduktives Vorgehen mit zwei Hauptkategorien (händisch) bei ausgewählten Interviews	Ergänzendes deduktives & induktives Vorgehen (MAXQDA)
Analysen	Reflexionsrunden	Kategorienbasierte und statistische Auswertung
Interpretation	Gruppendiskussionen & Ableitung von Empfehlungen	Ergänzende Einordnung (Studien, Fachliteratur)

Datenerhebung

Die Entwicklung der Online-Umfrage und der Interview-Leitfänden erfolgte in enger Abstimmung mit den Mitforschenden, die auch die Interviews eigenständig führten. Das Projektteam übernahm im Anschluss die Aufbereitung und Auswertung der quantitativen und qualitativen Daten, bei der die Mitforschenden punktuell durch Feedbackrunden zu Zwischenergebnissen eingebunden wurden.

Analyse

Für die Auswertung der Interviews wurden die Audioaufnahmen der Interviews transkribiert. Auf Grundlage der verschriftlichen Gesprächsprotokolle konnte eine inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse angelehnt an Kuckartz; Rädiker 2024 durchgeführt werden.

Anhand der Leitfadenstruktur, die eine Auswahl und Abfolge von Themen für die Gespräche vorsah, wurde ein Codiersystem entwickelt. Nach Import in das qualitative Auswertungsprogramm MAXQDA wurden Textabschnitte der Transkripte markiert und folgenden Hauptkategorien codiert, die weitere Subcodes enthalten[7]:

1. Individuelle Faktoren
2. Strukturelle Faktoren
3. Gesellschaftliche Faktoren
4. Politische Faktoren

Die Daten aus der in der Software Lime Survey erstellten Online-Befragung wurden bereinigt und in SPSS, einer Software zur statistischen Datenanalyse, importiert und ausgewertet. Die statistischen Daten aus der Online-Umfrage ergänzen trotz ihrer eingeschränkten Aussagekraft das durch die Einzelinterviews gewonnene Bild zur politischen Teilhabe und deuten mitunter Befunde aus der aktuellen Forschung an.

Interpretation der Ergebnisse & Ableitung von Empfehlungen

Die aus der Analyse gewonnenen Ergebnisse wurden vom Projektteam wieder in die Forschungstreffen hineingetragen und transparent gemacht, wie diese zustande gekommen waren. Anschließend setzte sich die Forschungsgruppe in Gruppendiskussionen mit den Ergebnissen auseinander und

[7] Das vollständige Codiersystem s. Anhang 2

interpretierten sie aus ihrer eigenen lebensweltlichen Perspektive. Dieser Schritt, der in der klassischen Sozialforschung meist nicht erfolgt, ist ein zentrales Merkmal des Citizen-Science-Ansatzes. Auf diese Weise wurden die Ergebnisse nicht nur aus einer wissenschaftlichen Perspektive vom Projektteam interpretiert, sondern auch von den Mitforschenden selbst, die aufgrund ihrer eigenen Zuwanderungsbiografie einen wertvollen Blickwinkel einbringen.
Basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen aus den Erhebungen lassen sich Empfehlungen ableiten, die in der Schlussbetrachtung am Ende des Kapitels erläutert werden.

3.3. Aktueller Stand der Datenerhebung & erste Beobachtungen

In diesem Kapitel werden exemplarisch zentrale Ergebnisse vorgestellt, um den Mehrwert des Citizen-Science-Ansatzes zu verdeutlichen. Es ist zu beachten, dass die Ergebnisse aufgrund des nicht-repräsentativen Studiendesigns keine statistisch verallgemeinerbaren Aussagen erlauben. Dennoch zeigen sie zentrale Themen, Herausforderungen und Potenziale auf, die als Grundlage für weiterführende Diskussionen und Maßnahmen dienen können.

Die gemeinsame Erarbeitung der Interviewleitfänden und des Umfragebogens verdeutlichen, wie durch die aktive Beteiligung von Laienforschenden mit eigener Zuwanderungsgeschichte relevante Perspektiven sichtbar gemacht und neue Fragestellungen zur Diskussion gestellt werden können.

Die Auswertung des Datenmaterials gibt aufschlussreiche Einblicke darin, wie sich politische Teilhabe auf kommunaler Ebene gestaltet, welche Barrieren bestehen und welche allgemeinen sowie konkreten Maßnahmen zur Förderung des Engagements – auch jenseits der Wahlkabine – als zielführend erachtet werden können.

3.3.1. Einflussfaktoren auf die politische Teilhabe

Im folgenden Abschnitt werden Faktoren dargestellt, die besonders häufig und auch unabhängig von mehreren interviewten Personen (im Folgenden mit „IP“ abgekürzt) benannt wurden. Einige Aussagen aus den geführten Interviews wurden paraphrasiert und zur besseren Lesbarkeit sprachlich geglättet. Inhalt und Aussagekraft bleiben dabei unverändert. Ergebnisse aus der Online-Befragung werden an entsprechenden Stellen ergänzt.

Individuelle Faktoren

Politische Teilhabe der Befragten beginnt nicht erst in Ämtern und Gremien – sie beginnt bei den Menschen selbst: mit ihren Biografien, Erfahrungen, Ressourcen und dem Wunsch, etwas zu bewegen. Gerade für die Studienteilnehmenden mit Zuwanderungsgeschichte ist dieser Weg oft mit besonderen Herausforderungen verbunden. Sie bringen vielfältige Perspektiven, Kompetenzen und Motivation mit, stoßen jedoch in ihrem politischen Alltag immer wieder auf Barrieren, die weit über individuellen Hürden hinausgehen.

Individuelle Faktoren wie Resilienz, soziale Herkunft, Bildung, Sprache, Diskriminierungserfahrungen oder auch die Sichtbarkeit der eigenen Biografie werden als maßgeblich dafür gesehen, ob und wie politische Teilhabe gelingt. Wer sich engagiert, braucht nicht nur Zugang zu Informationen und politischen Strukturen, sondern auch die Kraft, mit Ausgrenzung, Enttäuschung und unausgesprochenen Regeln umzugehen – so die Einschätzung in den Interviews. Die persönlichen Geschichten zeigen, wie politische Beteiligung trotz – oder gerade wegen – dieser Hürden gelingen kann.

Dieser Abschnitt widmet sich den individuellen Perspektiven kommunalpolitisch und zivilgesellschaftlich engagierter Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Er beleuchtet,

welche Faktoren sie motivieren, was sie herausfordert und wie sie ihren Platz in der politischen Landschaft gestalten. Die Einblicke machen deutlich: Politische Teilhabe ist keine rein formale Frage – sie ist zutiefst persönlich und zugleich von gesellschaftlicher Relevanz.

Persönliche Erlebnisse und Hintergründe

Die persönlichen Erlebnisse und biografischen Hintergründe der interviewten Personen zeigen, wie vielfältig die Wege in politisches Engagement sein können – beeinflusst von Herkunft, Zuwanderungserfahrungen, beruflichen Werdegängen, familiären Situationen oder auch von spezifischen Schlüsselereignissen. Sie geben Einblicke in Motivationen, Hürden, Wendepunkte und Lebensentscheidungen, die zur politischen Beteiligung geführt haben oder sie geprägt haben.

1. Biografische Vielfalt als Ressource und Ausgangspunkt

Die Wege in das politische Engagement sind vielfältig – ebenso wie die Hintergründe der Befragten. Einige wurden in Deutschland geboren, andere kamen als Geflüchtete, Ausgesiedelte oder Migrierte aus Ländern wie Eritrea, Iran, Rumänien oder Ungarn. Auch beruflich bringen sie unterschiedliche Perspektiven ein: Sie arbeiten etwa in Wissenschaft, Energie, Verwaltung, Handwerk oder sozialen Projekten.

Der Einstieg in ihr politisches Engagement erfolgte zumeist über zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Besonders häufig wurde die Vereinsarbeit als Ausgangspunkt genannt:

> *„(…) ich bin Mitglied in 14 Vereinen. (…) Und genau dieses war eins der großen Initiativen, warum ich mich in die Stadtpolitik eingebracht habe. Weil ich das erfahren wollte. Wie läuft denn das überhaupt?“ (IP 1)*

Auch der berufliche Hintergrund der Befragten wird als identitätsstiftend und politisierend beschrieben. Eine Befragte berichtet etwa:

> *„Ich bin Vorsitzende der AGABY (…) Beruflich bin ich an der Universität Bamberg bei den Iranisten und Sprachenzentrum.“ (IP 3)*

Ebenso prägt die eigene Migrationsgeschichte ihr politische Selbstverständnis– etwa durch den Wunsch nach Teilhabe oder Reaktion auf Ausschluss:

> *„Ich bin im Nürnberger Stadtrat in der zweiten Wahlperiode (…) Ich habe eine abgeschlossene Berufsausbildung als Handwerksmeister und (…) Diplomingenieur (…) Ich bin auch sehr viel unterwegs bei den kulturellen Veranstaltungen von allen Bevölkerungsgruppen.“ (IP 1)*

2. Der lange Weg zum politischen Systemverständnis

Insbesondere die neu zugewanderten Personen schildern, dass es Jahre gedauert hat, die politischen Strukturen in Deutschland zu verstehen. Das betrifft sowohl formale Abläufe (z. B. welche Ebenen gibt es?) als auch strategische Prozesse innerhalb von Parteien:

> *„Wo ich neu nach Deutschland kam, ich habe zwei, drei Jahre gebraucht, bis ich dann das politische System erstmal verstanden habe. Wie wird gewählt, wofür wird man gewählt und in welchen Ebenen ist man beteiligt und wie groß ist dein Spielraum?“ (IP 5)*

Diese strukturellen Barrieren können zu Selbstschutzstrategien führen. Eine befragte Person lehnte politische Ämter bewusst ab – nicht aus Desinteresse, sondern aus Überforderung oder mangelnder Vorbereitungszeit:

„Ich wurde auch nominiert für die Bundestagswahl, ich habe es abgelehnt, weil ich wusste, ich will mich ja nicht verbrennen, weil bis ich mich innerhalb einer Partei jetzt durchboxe, für den Listenplatz und so weiter (…) die Wahlen sind sehr schnell als gedacht da gewesen." (IP 5)

3. Migrationshintergrund, Diskriminierung – und Widerstandskraft

Einige Befragte berichten von Diskriminierung – direkt, subtil oder digital. Die Erfahrungen reichen von pauschalen Zuschreibungen („Rucksackdeutsche" oder „Bombenleger") über Unwissenheit bis zu massiver Hassrede:

„Ich habe letztes Jahr ein Video geteilt (…) das haben inzwischen fast eine Million Menschen gesehen. (…) Aber es gibt halt nicht nur 15.000 Likes, sondern halt auch irgendwie fast 10.000 Kommentare. Und davon (…) 7.000 Hasskommentare. (…) 40 dieser schlimmsten Fälle wurden zur Anzeige gebracht. (…) 25 davon waren Bots." (IP 4)

Auch subtile Unwissenheit über Herkunft hinterlässt Spuren:

„Fragt mich (…) Wo kommst du denn her? Sag ich: „Aus Siebenbürgen komme ich her" „Da fährst du aber nicht jeden Abend heim?" (IP 1)

Umso bemerkenswerter ist die Widerstandskraft vieler Befragter. Sie lassen sich nicht entmutigen und engagieren sich weiterhin aktiv – oft mit langjährigem Einsatz in kommunalen Gremien oder Initiativen. Dies deckt sich mit Befunden der aktuellen Forschung: Die quantitativen Daten des Integrationsbarometers des SVR aus dem Jahr 2024 weisen auf einen positiven Zusammenhang von Diskriminierungserfahrungen und politischem Engagement hin[8].

4. Identität und politische Rollenvielfalt

Die Mehrheit der Interviewten berichtet, dass sie mehrere Rollen in sich vereinen: als Eltern, Berufstätige, Aktivistinnen, Stadträtinnen oder Parteivorsitzende:

„Ich bin Stadträtin, Mutter, Zuwanderin, Ungarin, Europäerin, Politikwissenschaftlerin, Diversity-Trainerin und Gleichstellungsbeauftragte." (IP 2)

Diese Vielfachidentitäten ermöglichen ihnen eine breite Perspektive auf politische Themen – von Gleichstellung über Teilhabe bis zu struktureller Diskriminierung.

5. Motivation und Engagement: Zwischen Frust und Leidenschaft

Frust über gesellschaftliche Missstände, der Wunsch nach Veränderung oder die Erfahrung von Anerkennung stellen in den Interviews eine zentrale Motivation dar, in die Politik zu gehen:

„Ich mache Politik, weil ich Leidenschaft habe, was zu verändern. Und ich bin jetzt motivierter denn je." (IP 4)

„Für mich ist es eine große Ehre, dass ich hier eine Chance in der Stadt bekommen habe." (IP 4)

Selbst im hohen Alter bleibt der Antrieb bei einem Interviewpartner stark:

„Ich bin 70 Jahre und lasse mich noch einmal aufstellen für die Stadtratsliste. (…) Ich freue mich, dass ich was machen kann für die Bürger, für die Stadt." (IP 1)

[8] vgl. SVR-Bericht 2024

Zusammenfassung

Biografische Vielfalt, Zuwanderungserfahrungen, beruflicher Hintergrund und individuelle Haltungen prägen den Weg der Interviewten in die Politik auf ganz unterschiedliche Weise. Ihr Engagement entstand häufig im zivilgesellschaftlichen Raum – genährt durch persönliche Betroffenheit, strukturelle Hürden und den Wunsch nach Veränderung.

Erfahrungen von Ausschluss oder Diskriminierung können also ebenso Antrieb für politisches Engagement sein wie Anerkennung und Verantwortung. Das politische Handeln wird dabei weniger als das Ergebnis einer klassischen Karriere als vielmehr Ausdruck gelebter Teilhabe und biografisch gewachsener Kompetenz beschrieben.

Rolle der eigenen Zuwanderungsgeschichte

Die Zuwanderungsgeschichte der Befragten prägt ihr politisches Denken und Handeln auf ganz unterschiedliche Weise. Für einige ist sie der entscheidende Wendepunkt – ein Auslöser für politisches Bewusstsein, für andere eher ein Hintergrundfaktor unter vielen. Dabei reicht das Spektrum von biografischer Selbstermächtigung über das Erleben von Systemwechseln bis hin zur bewussten Abgrenzung gegenüber migrationsbezogener Zuschreibung. Ob als konkrete Motivation oder impliziter Erfahrungshorizont – die eigene Migration wirkt bei den Befragten als stiller Motor politischen Engagements.

1. Migration als biografischer Wendepunkt

Zuwanderungserfahrung wird als gravierenden biografischen Einschnitt, der mit Identitätsfragen, ökonomischen Brüchen und institutionellen Hürden verbunden war, wahrgenommen. Zuwanderung bedeutete oft den Verlust von Sicherheiten – aber auch den Beginn eines neuen, selbstgestalteten Weges:

> *„Diesen Weg zu gehen, hierher zu kommen mit zwei Masterabschlüssen, mit Berufserfahrung, und dann als Praktikantin anzufangen. (…) Dann ging ich in die Gastronomie jobben nach Feierabend. (…) Ich war einfach so fertig am Feierabend, ein Sprachkurs hätten keinen Sinn gemacht.“ (IP 2)*

Auch das Bedürfnis nach Stabilität kann am Anfang von Migrationsbiografien stehen:

> *„Ich bin ja zugewandert (…) dass man sich erst einmal ein gewisses Polster, ein gewisses Standbein aufbaut. (…) Da sind, glaube ich, fünf, sechs, zehn Jahre vielleicht vergangen.“ (IP 1)*

Ein anderer Befragter formuliert die Phase nach der Ankunft als eine Zeit zwischen Ablehnung und Resilienz:

> *„Ich habe in den letzten zwei, drei Jahren wirklich (…) die A[…]karte gehabt. Über meine Herkunft wurde geredet, über mein Telefon (…) ich war als Bombenleger da. (…) Ich bin hier, hier ist mein neues Zuhause. (…) Und ich bin jetzt der Vorsitzende und vertrete diese über 50 % Menschen in Nürnberg.“ (IP 5)*

2. Politische Sensibilität durch Herkunft aus Diktatur oder Einparteiensystem

Einige Befragte betonen, dass ihr politisches Engagement wesentlich durch die Herkunft aus autoritären oder einparteilichen Systemen geprägt sei. Die Konfrontation mit Repression, Zensur oder mangelnder Meinungsfreiheit habe ein starkes Bewusstsein für demokratische Rechte und Freiheiten geschaffen:

„Ja, also meine Einwanderungsgeschichte spielt eine sehr große Rolle. Ich bin aus einem Land gekommen, wo es nur eine Partei gab. Quasi aus einer Diktatur. Und mir war schon immer wichtig, dass man mehrere Meinungen hat." (IP 1)

Diese Herkunftserfahrungen führen bei der befragten Person zu einer besonderen politischen Wachsamkeit – sowie zu der Motivation, demokratische Räume aktiv mitzugestalten und gegen deren Gefährdung einzutreten.

3. Migration als Motor für Engagement

Die meisten Befragte schildern, dass sie gerade wegen ihrer Zuwanderungsgeschichte politisch aktiv wurden. Die eigene Erfahrung mit gesellschaftlicher Marginalisierung oder mit Integrationshürden wurde zum Antrieb für Engagement in Vereinen, Beiräten oder Parteien:

„Meine Idee mit dem Verein war, dass ich ein kleines Projekt da etabliere (…) Und das Projekt wurde so groß, dass ich dieses Jahr einen Mosaik-Preis bekommen habe (…) Es fing immer klein an. (…) Ich will Menschen helfen, engagieren, motivieren." (IP 5)

Eine andere Person beschreibt die persönliche Erfahrung als Schlüssel zur politischen Glaubwürdigkeit:

„Was ich versuche (…) tatsächlich durch meine eigene Zuwanderung (…) hier die ganzen Schwierigkeiten mit der Integration zu erleben. (…) Es macht einen Unterschied, ob man das selbst erlebt hat oder ob man es nur erzählt bekommt." (IP 2)

Diese Form der biografischen Politisierung gehe mit einem tiefen Verständnis für gesellschaftliche Teilhabeprozesse einher – und stärkt das Bedürfnis, selbst strukturelle Barrieren abzubauen.

4. Strategien der Abgrenzung oder Integration: Zwischen Herkunft und gesellschaftlicher Agenda

Während Zuwanderungserfahrungen häufig prägend für den politischen Weg waren, betonen einige Befragte auch eine bewusste Abgrenzung von einer rein herkunftsbezogenen Zuschreibung. Statt sich ausschließlich als „migrantisch" positionieren zu lassen, betonen sie universelle politische Themen wie soziale Gerechtigkeit oder Bildung:

„Ich habe eigentlich immer tunlichst vermieden, mich zu reduzieren auf das Thema Migration. (…) Mir ging es immer um eine Agenda: Chancen für alle. (…) Weil mein Ansatz immer auch eher ein sozialer oder sozialdemokratischer, im besten Wortsinne war." (IP 4)

In dieser Haltung zeigt sich auch eine strategische Selbstverortung: Die Migrationserfahrung ist Teil der Biografie – aber nicht das Zentrum ihrer politischen Identität:

„Auf jeden Fall. (…Es ist nicht selbstverständlich mit meiner Geschichte, dass ich da bin, wo ich heute stehe. Und dennoch stehe ich hier." (IP 4)

Zusammenfassung

Die Interviewaussagen verdeutlichen die Vielschichtigkeit individueller Zuwanderungserfahrungen und deren Bedeutung für politisches Engagement. Für einige stehen migrationsbedingte Erfahrungen im Zentrum ihres Engagements, für andere sind sie Teil einer komplexen Identität, in der Themen wie soziale Gerechtigkeit oder Bildungschancen im Vordergrund stehen. Migration wird dabei nicht ausschließlich als Herausforderung beschrieben, sondern vielfach auch als Ressource – etwa im Sinne einer erweiterten Perspektivenvielfalt, einer erhöhten politischen Sensibilität sowie eines vertieften Verständnisses für Teilhabe und Mitbestimmung. In mehreren Schilderungen wird deutlich, wie aus

persönlichen Erfahrungen mit gesellschaftlichen Ausschlüssen ein starkes demokratisches Selbstverständnis und Verantwortungsgefühl erwachsen kann.

Zugänge zur Politik: Einstiegspunkte und erste Erfahrungen

Die Wege in politisches Engagement der Befragten sind vielfältig – von frühzeitiger Mitbestimmung in der Schule über zivilgesellschaftliche Vereinsarbeit bis hin zu biografischen Auslösern. Es wird größtenteils von einem schrittweisen, oft ungeplanten Einstieg, der über persönliche Erfahrungen, gesellschaftliche Themen oder Anerkennung im Ehrenamt verlief, berichtet. Parteipolitisches Engagement erfolgte häufig später – auf der Grundlage zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, beruflicher Netzwerke oder konkreter Anliegen.

1. Einstieg durch Schule und Jugendorganisationen

Für einige Interviewte begann das politische Interesse bereits in der Schulzeit – über Rollen wie Klassensprecher oder die Mitwirkung in Schülervertretungen. Diese Erfahrungen wurden im Rückblick als prägend beschrieben, da sie demokratische Prozesse erfahrbar machten und erste Selbstwirksamkeit vermittelten:

> *„Der Funke, der mein politisches Engagement entzündet hat, war tatsächlich, als ich zum Kollegstufensprecher bei mir am Gymnasium gewählt wurde. [...] Da gab es ein Thema, was uns sehr bewegt hat, und zwar gab es Klassenfahrten zu einem Atomkraftwerk. (…) eine kleine Initiative in der Schule gestartet, dass es keine Fahrten mehr an Kernkraftwerke gibt. Wir haben eine Podiumsdiskussion veranstaltet (…) und dann hat das funktioniert. Seitdem gab es das nicht mehr.“ (IP 4)*

> *„Wir waren eine der ersten Schüler*innen-Mitverwaltung, die wir gegründet haben in meiner Heimatstadt. Und wir haben uns tatsächlich organisiert mit möglichst allen Schulen (…) Wir sind in andere Schulen gegangen und haben sie unterstützt (…) Und im Nachhinein, also, das war für mich mega prägend: Also, diese Art zu denken, auch sich zu trauen, sich zu organisieren“ (IP 2)*

2. Engagement über zivilgesellschaftliche Vereine

Aber auch ein Ehrenamt kann in die Politik führen insbesondere durch das Engagement in migrantischen, kulturellen oder sozial engagierten Vereine. In diesen Strukturen lassen sich eigene Projekte umsetzen, Sichtbarkeit schaffen und erste politische Wirksamkeit erleben, wie ein Befragter aufzeigt:

> *„Meine Idee mit dem Verein war, dass ich ein kleines Projekt da etabliere und dann initiiere und dann über meinen Werdegang rede. Das Projekt wurde so groß, dass ich dieses Jahr den Mosaik-Preis bekommen habe. Es fing immer klein an (…) Ich will Menschen helfen, engagieren, motivieren.“ (IP 5)*

Viele Studien weisen ebenfalls einen positiven Effekt des Ehrensamtes bzw. des Engagements in zivil- oder gesellschaftlichen Vereinen auf die politische Teilhabe nach. Van Deth 2001, S. 214 weist darauf hin, dass auch explizit nichtpolitisches Engagement – z.B. in einem Sportverein – mit politischer Partizipation positiv zusammenhängen kann.[9] Auch die Autoren der Studie des SVR kommen in ihrer Zusammenfassung zu dem Schluss, dass „wer sich zivilgesellschaftlich engagiert, auch politisch aktiv(er) (ist)“ und fordern zugleich, dass im Interesse der demokratischen Bürgergesellschaft und des

[9] Für einen Überblick vgl. van Deth 2001, S. 200–202; im Hinblick auf die kommunale Ebene vgl. van Deth 2016

sozialen Zusammenhalts dies im Rahmen der politischen Bildung, der Integrationspolitik sowie der Engagementpolitik berücksichtigt werden (sollte)". (SVR-Forschungsbereich 2020, S.4)

3. Biografiebezogene Themen als Auslöser

Das politische Engagement der Befragten wurzelt auch in persönlicher Betroffenheit – etwa durch Diskriminierung, Migrationserfahrungen oder mangelnde gesellschaftliche Anerkennung. Diese Erfahrungen führten zur bewussten Entscheidung, aktiv zu werden und Strukturen zu verändern:

> *„Über meine Herkunft wurde geredet (…) ich wurde als Bombenleger bezeichnet (…) Hier ist mein neues Zuhause und hier will ich Fuß fassen (…) Ich bin jetzt der Vorsitzende und vertrete diese über 50% Menschen in Nürnberg und versuche für die Regularien zu vereinfachen und für deren Interesse die Stadtverwaltung und den Stadtrat beraten." (IP 5)*

> *„Ich hatte dann schon gehört, dass also Vertriebenen-Politik und Aussiedler-Politik in der Stadt eher wenig, auch in der Gesellschaft eher weniger Gehör fand (…) haben wir es zustande gebracht, dass im Lehrplan der Schulen auch die Vertriebenen- und Aussiedler-Politik mitberücksichtigt wird."* (*IP 1)*

4. Parteipolitischer Einstieg – spät, aber engagiert

Die Mehrheit der Interviewten trat erst nach längerer zivilgesellschaftlicher oder beruflicher Aktivität in eine Partei ein. Häufig ging es dabei weniger um Karriereplanung, sondern um gezielten Einfluss auf politische Entscheidungen:

> *„Ich war nicht gleich nach der Aussiedlung in der politischen Partei. Irgendwann bin ich einem Ortsverband eingetreten und habe mich mehr mit Politik beschäftigt (…) Die erste Kandidatur war 2008 (…) da bin ich nicht reingekommen (…) 2014 bin ich dann in den Rat reinkommen." (IP 1)*

> *„Ich bin 2010 bei den Jusos eingetreten. Ein Jahr später war ich Vorsitzender (…) Das war so ein Generationswechsel (…) Und zwei wollten, also ein Kollege und ich, und danach gab es eben eine Kampfkandidatur darüber." (IP 4)*

5. Erfahrungen im Herkunftsland als Ressource

Einige Befragte brachten bereits politische Erfahrungen aus ihrem Herkunftsland mit – etwa durch Schülervertretungen, NGO-Arbeit oder Tätigkeiten in staatlichen Institutionen. Diese Erfahrungen wirkten bewusstseinsbildend und unterstützten spätere Aktivitäten in Deutschland:

> *„In Ungarn war ich Klassensprecherin in der Schüler*innen-Selbstverwaltung. [...] Wir haben uns organisiert, andere Schulen unterstützt, eine Dachorganisation gegründet. Im Nachhinein war das mega prägend." (IP 2)*

> *„In Ungarn habe ich im Außenministerium gearbeitet, ich war Beamtin (…) das war hochpolitisch, gerade in der Umbruchszeit von 2008 bis 2012." (IP 2)*

6. Bedeutung zivilgesellschaftlicher Anerkennung

Nicht selten war es eine konkrete Auszeichnung, ein Vorbild oder ein Netzwerk, das den Übergang vom zivilgesellschaftlichen Engagement zur formellen politischen Rolle der Interviewten markierte. Diese Anerkennungen stärkten Selbstvertrauen und Legitimitätsgefühl:

> *„Also ich habe 2016, 17, 18 oder 19, sogar 2020 nicht die Idee gehabt, was aus meiner Zukunft wird oder wie das Ganze weitergeht. Aber klein angefangen und irgendwann Step by Step größer geworden (…) Jetzt bin ich Vorsitzender." (IP 5)*

Zusammenfassung:

Das politische Engagement der befragten Personen entwickelte sich in vielen Fällen nicht aus langfristigen Plänen, sondern aus konkreten Alltagserfahrungen: dem Erleben gesellschaftlicher Missstände, persönlicher Betroffenheit oder dem Wunsch, das direkte Lebensumfeld mitzugestalten. Institutionen wie Schule, Vereine und zivilgesellschaftliche Organisationen wurden dabei wiederholt als bedeutende Orte politischer Sozialisation benannt. Sie bieten niedrigschwellige Mitbestimmungsmöglichkeiten, fördern Verantwortungsübernahme und stärken das Gefühl von Selbstwirksamkeit.

Anerkennung – etwa in Form von Auszeichnungen, durch Vorbilder oder über bestehende Netzwerke – wird von mehreren Befragten als förderlicher Impuls beschrieben, um politische Verantwortung zu übernehmen. Parteipolitisches Engagement setzt bei vielen Interviewten erst zu einem späteren Zeitpunkt ein und gründet häufig auf individuellen biografischen sowie gesellschaftlichen Erfahrungen.

Die Vielfalt der beschriebenen Einstiegswege verdeutlicht: Politische Handlungsfähigkeit entsteht nicht ausschließlich im Rahmen klassischer Karrierepfade, sondern vielfach durch persönliche Geschichten, lokale Anliegen und aktives Engagement im Alltag

Herausforderungen im politischen Alltag

Der politische Alltag stellt die engagierten interviewten Personen vor eine Vielzahl von Herausforderungen. Diese reichen von strukturellen und kommunikativen Hürden über Rollenkonflikte bis hin zu Frustration durch institutionelle Trägheit. Besonders sichtbar werden in den Interviews die Spannungen zwischen Idealismus und Realpolitik, zwischen Partizipationsanspruch und Machtdynamiken sowie zwischen persönlicher Betroffenheit und systemischer Resistenz gegenüber Veränderung.

1. Themenzugang, Repräsentation und strukturelle Hürden

In den Interviews zeigt sich, dass bestimmte lebensnahe Themen wie Bildungsbenachteiligung, überlastete Verwaltungsstrukturen oder Herausforderungen im Bereich Digitalisierung aus Sicht einiger Befragter in politischen Gremien nicht ausreichend berücksichtigt werden. Es entsteht der Eindruck, dass Anliegen, die für viele Menschen im Alltag eine zentrale Rolle spielen, im öffentlichen Diskurs nicht die notwendige Aufmerksamkeit erhalten. Parallel dazu werden bürokratische und digitale Hürden als erschwerend erlebt. Online-Verwaltungsangebote gelten teils als wenig benutzerfreundlich oder schwer auffindbar, insbesondere für Personen mit eingeschränkten Sprachkenntnissen oder ohne institutionelle Vorerfahrung.

> *„Wie könnten die politischen Parteien sich öffnen für die Menschen? Die sagen immer wieder, uns fehlen diese Menschen. Aber die Menschen sind da. Man muss nur über die Themen reden, wovon die betroffen sind, und deren Themen auf die Tagesordnung bringen und darüber mit denen zusammen zu einer Entscheidung kommen." (IP 5)*

„Aber Klima, Wirtschaft, Schulsystem, Behörden – wie überlastet die Stadtverwaltung ist –, darüber redet keiner. Digitalisierung, wo sind wir hängen geblieben? [...] allein mein Nürnberg, wie man schafft, einen Antrag zu finden, puh, kann man stundenlang drüber reden." (IP 5)

„Weil wir wissen ja, das führt zu dauerhaften Problemen in deren Leben. Zu Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Gewalt. Das alles kenne ich aus meinem Umfeld. [...] Aber es ist für mich weniger meine Herkunft, sondern eher die soziale Realität." (IP 4)

2. Politische Kultur und interne Machtverhältnisse

Besonders deutlich treten Probleme in der politischen Kultur zutage. Neue Akteure berichten von „ungeschriebenen Regeln", die ihnen nicht bekannt sind, aber von langjährigen Mitgliederinnen und Mitgliedern eingefordert werden. Diese informellen Strukturen wirken ausgrenzend:

„Eigentlich habe ich nichts anderes gemacht als mein Mandat ausgeübt, zum Beispiel das Rederecht Gebrauch gemacht. Aber es gibt die geschriebenen und die ungeschriebenen Regeln. Und die ungeschriebenen Regeln wussten wir nicht – und sie waren uns auch egal. [...] Dann kamen halt diese alten, langjährigen, nicht nur Männer, die uns erklärten, wie wir uns zu verhalten hätten. Das hat die Situation nur weiter eskaliert." (IP 2)

Diese paternalistischen Dynamiken verstärkt das Gefühl von struktureller Ungleichheit – insbesondere für Frauen mit Zuwanderungsgeschichte:

„Also es ist schwer als Frau in der Politik, es ist schwer als migrantische Person in der Politik und als Migrantin ist das nicht doppelt, [...] es multipliziert sich." (IP 2)

3. Emotionale Belastung und Erwartungsdruck

Politik wird nicht nur als sachlich herausfordernd, sondern auch emotional belastend erlebt. Der Umgang mit Widerständen, die Notwendigkeit strategischer Zurückhaltung sowie die Spannung zwischen öffentlicher Wirkung und innerer Überzeugung erfordern viel emotionale Arbeit:

„Ich setze mich für meine Ziele ein und lasse mich nicht mit jedem Nein abspeisen. Ich komme dann vielleicht noch einmal – und noch einmal. [...] Aber man kann nicht jedes Ziel erreichen. [...] Irgendwann muss man halt auch akzeptieren, dass es nicht möglich ist." (IP 1)

„Auch das respektvolle Miteinander ist eine Herausforderung." (IP 1)

Besonders Frauen beschreiben den Druck, gleichzeitig konfrontativ und deeskalierend auftreten zu müssen – was viel Selbstkontrolle verlangt.

4. Spannung zwischen Machtanspruch und Gemeinwohlorientierung

Einige Befragte thematisieren die Ambivalenz von Macht: Sie sei notwendig für Veränderung, werde aber auf kommunaler Ebene häufig überhöht wahrgenommen. Kommunalpolitik wird hier als „Politik für Menschen" und nicht als Karrieresprungbrett beschrieben. Die Herausforderung besteht darin, Gestaltungsspielräume auszuschöpfen, ohne zynisch oder machtfixiert zu agieren:

„Geht es nicht um Macht? Ja, wahrscheinlich schon, aber ganz ehrlich: das wird, finde ich, total überbewertet [...], weil gerade hier auf der kommunalen Ebene geht es um die Menschen." (IP2)

5. Fraktionslogik und strategische Positionierung

Ein weiterer Aspekt des politischen Alltags ist die Notwendigkeit, sich innerhalb der eigenen Fraktion und im interfraktionellen Raum strategisch zu positionieren. Die Gestaltungsspielräume variieren je

nach Fraktionsgröße, parteipolitischem Kontext und Legislaturphase. Erfolgreiches politisches Handeln wird als das Beherrschen politischer „Spielzüge“ beschrieben – was wiederum ein hohes Maß an Erfahrung, Analyse und Taktik voraussetzt:

> *„Es gibt natürlich politische Strategien, Fraktionsstrategien, Verhaltensweisen. Es ist unterschiedlich am Anfang der Legislatur, in der Mitte und jetzt ein Jahr vor der Kommunalwahl [...] Und da muss ich auch auf meine Fraktion achten. Meine Fraktion ist schon sehr vielfältig, und das ist auch bereichernd, aber auch herausfordernd.“ (IP 2)*

> *„Da auch zu experimentieren: Welchen Ton schlägt man ein? Wann haue ich drauf? oder wann versuche ich verständnisvoll jemanden abzuholen? [...] am Ende bleibt Politik ein Spiel [...] Was heute so groß zu sein scheint, ist morgen kein Thema mehr.“ (IP 2)*

Fazit

Der politische Alltag ist geprägt von strukturellen Barrieren, informellen Ausschlussmechanismen und emotionaler Belastung. Besonders für neue Akteurinnen und Akteure ist das politische Feld ein komplexes Terrain voller unausgesprochener Regeln, Machtansprüche und systemischer Trägheit.

Und dennoch: Die interviewten Personen zeigen bemerkenswerte Resilienz, strategische Klugheit und ein starkes Verantwortungsgefühl. Gerade in der bewussten Auseinandersetzung mit diesen Hürden entsteht politische Handlungsfähigkeit – getragen von Erfahrung, Idealismus und dem festen Willen zur Veränderung.

Ziele und gewünschte Veränderungen

Die Interviewten formulieren ein breites Spektrum an persönlichen Zielen, politischen Anliegen und Veränderungswünschen – von struktureller Gleichberechtigung bis hin zur kommunalpolitischen Detailverbesserung. Getragen wird dies von einem klaren Willen, Verantwortung zu übernehmen, gesellschaftliche Teilhabe zu stärken und Vielfalt auf allen Ebenen aktiv mitzugestalten:

> *„Mir hat es nie gereicht, einfach nur einem Job nachzugehen und Geld zu verdienen – ich wollte tatsächlich mal einen Unterschied machen, etwas bewegen.“ (IP 4)*

1. Ziel: Gleichberechtigte Teilhabe aller in der Stadtgesellschaft

Der Wunsch nach einer „Stadt für alle“ zieht sich wie ein roter Faden durch viele Aussagen. Es geht dabei nicht nur um formale Gleichstellung, sondern um das aktive Mitgestalten der Stadt – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Aufenthaltsstatus. Die Befragten fordern eine Stadtgesellschaft, in der Vielfalt nicht nur anerkannt, sondern politisch und strukturell abgebildet wird:

> *„Alle, die hier leben, egal woher sie kommen, egal welche Hautfarbe, egal welche sexuelle Orientierung – alle sind Nürnbergerinnen und Nürnberger. Und jeder hat die Möglichkeit – und das erwarte ich auch –, seine Stadt mitzugestalten. Das ist keine Einbahnstraße.“ IP 6)*

2. Wunsch nach strukturellen Veränderungen – Parteien müssen sich öffnen

Ein wiederkehrendes Anliegen der Befragten ist die strukturelle Öffnung politischer Parteien für bisher unterrepräsentierte Gruppen. Die Haltung, Diversität entstehe „von selbst“, wird dabei als unzureichend kritisiert. Stattdessen brauche es aktive Strategien – von gezielter Ansprache über Mentoring bis hin zu verbindlichen Quoten. Sichtbare Vielfalt in Parteien gilt nicht nur als Repräsentationsfrage, sondern als Bedingung für glaubwürdige demokratische Teilhabe:

„Ich werbe dafür, aber auch meine Partei hat da sicherlich noch Nachholbedarf. [...] Wir müssen alle mit abdecken. Wenn wir ein Nürnberg für alle sein wollen, müssen auch alle in den Parteien willkommen sein.“ (IP 6)

„Mir als Parteivorsitzender ist es dann zum Beispiel auch für Listenaufstellungen jetzt wichtig, dass wir gezielt Menschen [...] mit bestimmtem Hintergrund ansprechen. Also das heißt nicht warten, bis die kommen, sondern auch gezielt ansprechen.“ (IP 4)

Einige gehen noch weiter und fordern verbindliche Quotenregelungen – nicht als Einschränkung, sondern als Ermöglichung von Teilhabe:

„Meine feste Überzeugung: Quoten funktionieren. [...] Das ist der einzige Grund, warum wir jetzt überhaupt ein Drittel Frauen in Parlamenten haben.“ (IP 4)

Daraus ergeben sich konkrete Maßnahmenvorschläge wie strategisch divers besetzte Listen, Mentoring-Programme oder Quoten nach dem Vorbild der Frauenförderung. Ziel ist eine Parteistruktur, die gesellschaftliche Realität widerspiegelt – und nicht von ihr abgekoppelt bleibt.

3. Ziel: Demokratie stärken – Integrationspolitik als Querschnitt

Einige Befragte formulieren den Wunsch nach einer politischen Kultur, die nicht nur Vielfalt zulässt, sondern sie aktiv fördert. Migration soll nicht länger nur in Krisen oder unter Problemdruck thematisiert werden, sondern als selbstverständlicher Bestandteil demokratischer Stadtpolitik verstanden werden. Gefordert wird ein Perspektivwechsel – weg von punktueller Integrationspolitik, hin zu einem gesamtgesellschaftlichen Verständnis von Teilhabe, Repräsentation und politischer Verantwortung:

„In Allgemeinheit würde ich mir wünschen, dass Migration nicht als Nischenthema gilt – so nach dem Motto: Wir reden darüber, sobald es ein Thema wird. Sondern man muss es aktuell auf die Tagesordnung setzen.“ (IP 5)

„Vielfaltsgestaltung, wo Integrationspolitik, wo Flüchtlingspolitik ein Teil davon ist. Aber es ist eigentlich viel mehr […] dass es ein gesamtgesellschaftliches Thema ist.“ *(IP 2)*

In diesem Verständnis der Befragten bedeutet Demokratie nicht nur freie Wahlen, sondern auch eine dauerhafte Beziehungsarbeit – in Stadtteilen, Vereinen und Alltagskontexten. Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik müssen enger zusammenwirken, um Beteiligung tatsächlich wirksam und inklusiv zu gestalten.

4. Migration als Querschnittsthema – kein Nischenanliegen

Einzelne Befragte fordern, Migration nicht länger als isoliertes Thema zu behandeln, sondern als festen Bestandteil aller kommunalen Politikbereiche zu verankern. Es gehe um Empowerment, Gleichstellung und Menschenrechte – als verbindende Leitlinien für die Gestaltung einer inklusiven Stadt. Integrationspolitik sei nicht mehr nur ein „Themenfeld“, sondern eine Querschnittsaufgabe, die Arbeit, Bildung, Wohnen, Kultur und Beteiligung gleichermaßen betreffe:

*„Ob das meine Arbeit gegen Rechtsextremismus ist oder Empowerment für Migrant*innen oder Gleichstellungsarbeit, das sind alles Menschenrechte. Mir ist es wichtig, dass wir diesen Titel Stadt des Friedens und der Menschenrechte wirklich glaubwürdig vorantreiben.“ (IP2)*

„Integrationspolitik ist Stadtpolitik. […] Migration ist kein Sonderthema.“ (IP 5)

5. Ziel: Zugänge erleichtern – politische Bildung & aktive Ansprache

Einige Befragte weisen darauf hin, dass gute Ansätze wie Welcome Center oder Beteiligungsformate nur dann Wirkung entfalten, wenn sie mit echter Vernetzung, praktischer Unterstützung und langfristigem Engagement verbunden sind. Informationsangebote allein reichen nicht – gefragt ist ein aktives Zugehen auf Menschen, politische Bildung auf Augenhöhe und konkrete Hilfestellung beim Einstieg in Beteiligungsprozesse:

> *„Allerdings nützt uns nicht, wenn wir irgendwo ein Büro machen und schön Welcome Center draufschreiben und 25 Flyer verteilen." (IP 1)*

> *„Dieser Ansatz, wir gehen jetzt in die Stadtteile, was jetzt auch die Stadtspitze macht, ist richtig. Mir fehlt aber noch das konkrete Konzept dazu, wie wir das auch rückbinden mit der Politik, die wir in der Stadt machen." (IP 4)*

6. Ziel: Empowerment und Sichtbarkeit durch eigene Biografie

Manche der Befragten setzen bewusst ihre persönliche Geschichte und gesellschaftliche Positionierung als politisches Werkzeug ein. Ihre eigene Biografie – etwa als Frau, als Mensch mit Zuwanderungserfahrung oder ohne deutschen Pass – wird zur Brücke zwischen Institutionen und unterrepräsentierten Gruppen. Sie nutzen ihre Sichtbarkeit, um politische Teilhabe greifbar zu machen, Irritationen produktiv zu wenden und neue Zielgruppen authentisch anzusprechen:

> *„Ich bin keine deutsche Staatsbürgerin – und habe ein Mandat […] Lebensrealitäten durch meine Person sichtbar zu machen […] Viele sind verblüfft […] das bewirkt einfach viel mehr, als wenn man das abstrakt erzählt." (IP 2)*

> *„Das zur Verfügung zu stellen, dadurch tatsächlich auch Zielgruppen besser, schneller, authentischer ansprechen zu können." (IP 2)*

7. Ziel: Vertrauen aufbauen statt Politik verkaufen

Politisches Engagement lebt von Glaubwürdigkeit. Mehrere Befragte betonen, dass es nicht darum gehe, politische Entscheidungen rhetorisch zu verpacken oder zu „verkaufen", sondern darum, Vertrauen in demokratische Prozesse aufzubauen. Gerade in einer vielfältigen Stadtgesellschaft brauche es ehrliche Kommunikation, die auf Dialog, Transparenz und echtes Zuhören setzt – statt auf PR und Imagepflege:

> *„Und da ist es mir wichtig, nicht um die Entscheidungen der Stadt schönzureden und zu verkaufen, sondern Vertrauen zu bilden, dass wir darauf Einfluss nehmen können und dass wir das auch tun." (IP 2)*

8. Vielfalt soll sich auch im Stadtrat spiegeln:

Der Wunsch nach gerechter politischer Repräsentation steht für viele Befragte nicht nur symbolisch, sondern ganz praktisch im Zentrum ihrer politischen Ziele. Wenn über die Zusammensetzung demokratischer Gremien gesprochen wird, geht es den Interviewten längst nicht mehr nur um einzelne Stimmen, sondern um die Frage, ob politische Institutionen die tatsächliche Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegeln:

„Mein Traum ist eigentlich irgendwann, dass wir fast schon gar keinen Integrationsrat mehr brauchen, außer natürlich für die, die jetzt kein direktes Wahnsinnrecht haben, weil der Stadtrat ein Spiegelbild der Stadtgesellschaft ist“ (IP 1)

„Unsere Bevölkerung, unsere Stadtbevölkerung ist Vielfalt pur […] das müssen Parteien und der Stadtrat widerspiegeln.“ (IP 1)

Zusammenfassung

Die individuellen Ziele der Befragten zeigen eine große Spannbreite – von konkreten Veränderungsvorhaben in der Kommunalpolitik bis hin zu strukturellen und kulturellen Visionen für eine gerechtere Stadtgesellschaft.

Zukunftsvision

Ein Nürnberg, in dem Vielfalt Alltag ist – und sich in der Repräsentation, in Parteien, in der Verwaltung und in politischen Entscheidungsprozessen konsequent abbildet:

„Ich denke, das sind wichtige Investitionen in die Zukunft. Jeder Cent, den wir in Teilhabe und politische Bildung stecken, kommt vielfach zurück.“ (IP 3)

Zusammenfassung der individuellen Faktoren

Die politischen Wege der Befragten sind geprägt von vielfältigen Biografien, Zuwanderungserfahrungen und persönlichem Engagement. Oft beginnt ihr politisches Handeln im zivilgesellschaftlichen Raum – ausgelöst durch erlebte Ungerechtigkeit, Anerkennung oder den Wunsch nach Teilhabe. Migration wird dabei sowohl als Herausforderung als auch als Ressource begriffen, die politische Sensibilität und Perspektivvielfalt fördert. Politische Kompetenz entsteht weniger durch klassische Karrieren als durch persönliche Erfahrungen, lokale Themen und alltägliches Engagement. Trotz struktureller Barrieren setzen sich die Interviewten mit unterschiedlichen Zielen für eine gerechtere Gesellschaft ein – von konkreten Projekten bis hin zu umfassende Visionen.

Strukturelle Faktoren

Politische Teilhabe ist für die Befragten ein zentraler Maßstab für demokratische Gleichstellung – doch ihrer Einschätzung nach ist sie in Deutschland stark an rechtliche, institutionelle und kulturelle Voraussetzungen gebunden. Für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gebe es in diesem Kontext besondere Herausforderungen: Nicht alle hätten Zugang zu Wahlen oder Parteistrukturen, nicht alle würden angesprochen oder vertreten, und nicht alle fänden in etablierten Institutionen Räume für ihre Themen.

Die Interviews mit den Expertinnen und Experten sowie Ergebnisse aus der Online-Befragung geben Einblick in strukturelle Faktoren, die politische Beteiligung ermöglichen oder begrenzen können – auf kommunaler Ebene, in Parteien, zivilgesellschaftlichen Räumen oder durch das Wahlrecht. Anhand ausgewählter Aussagen aus den Interviews werden Barrieren und Potenziale sichtbar: Von fehlender Ansprache in Parteien oder Informationen über Beteiligungsformate über die Wirkung des kommunalen Wahlrechts bis hin zu biografisch motiviertem Engagement in zivilgesellschaftlichen Kontexten. Dabei wird deutlich: Politische Teilhabe scheint kein automatischer Prozess, sondern ein Zusammenspiel aus rechtlichen Rahmenbedingungen, kultureller Offenheit und gezielter Unterstützung zu sein.

Hürden für politische Partizipation

Der Zugang zur politischen Teilhabe ist nach Einschätzung der Befragten für viele Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung durch vielfältige strukturelle Barrieren erschwert. In den Interviews werden institutionelle, soziale, sprachliche, rechtliche und kulturelle Barrieren, die den Zugang zu politischen Gremien, Parteien und Ehrenämtern erschweren, beleuchtet. Die Aussagen weisen auf individuelle Erfahrungen, systemische Defizite sowie gesellschaftliche Ausschlüsse, die selbst bei hohem Engagement spürbar bleiben, hin. So wurde zum Beispiel von einer Befragten beschrieben:

> *„Mandatsträgerin zu werden – da ist dann die Decke sehr schnell da. Ich bin zumindest halb privilegiert. Ich bin nur zweiter Klasse, nicht dritter Klasse, weil ich EU-Bürgerin bin und somit ist für mich zumindest der Weg in die Kommunalpolitik offen.“ (IP 2)*

1. Rechtliche und institutionelle Zugangshürden

Ein wiederkehrender Punkt, der von den Interviewten angeführt wird, ist der Ausschluss nicht eingebürgerter drittstaatsangehöriger Personen vom politischen Mandat. Während EU-Bürgerinnen und Bürger zumindest auf kommunaler Ebene mitwirken können, bleibe der Zugang zu Landes- und Bundespolitik ohne deutsche Staatsbürgerschaft dauerhaft versperrt – selbst bei politischem Engagement oder fundierter fachlicher Kompetenz:

> *„Ich habe im Landtagswahlkampf programmatisch mitgearbeitet – das darf ich. Aber Mandatsträgerin zu werden, das geht nicht.“ (IP 2)*

Die politischen Rechte hängen wohl nicht vom Engagement oder der Kompetenz ab, sondern seien allein vom Aufenthaltsstatus abhängig – eine Regelung, die als unzeitgemäß empfunden wird.

2. Parteistrukturen und interne Barrieren

Einige Befragte thematisieren die Schwierigkeit, in politischen Parteien Fuß zu fassen – besonders ohne langjähriges Engagement im Vorfeld oder parteinahe Netzwerke. Parteiinterne Prozesse gelten hier als schwer zugänglich und wenig unterstützend. Neue Mitglieder, insbesondere Neuzugewanderte oder Menschen mit Fluchterfahrung, erleben Konkurrenzdruck, Intransparenz und mangelnde Orientierung:

> *„Wenn man nicht in der Jugendpartei war, ist der Einstieg sehr schwer – vor allem als neues Gesicht ohne Netzwerk.“ (IP 5)*

> *„Ohne Support, ohne Rückenstärkung – sehr schwierig.“ (IP 5)*

Hinzu kommen nach Ansicht der Befragten Hürden durch informelle Machtstrukturen. So schilderte eine Person:

> *„Ich glaube, […] der Zugang ist nicht immer einfach […] da muss man sich auch behaupten.“ (IP 6)*

3. Sprachliche und kommunikative Barrieren

Sprachkenntnisse wurden wiederholt als entscheidende Zugangsvoraussetzung benannt – nicht nur für die alltägliche Teilhabe, sondern auch für politisches Engagement. Die rein deutschsprachige Kommunikation in Verwaltung, Gremien oder Anträgen wirke für viele abschreckend:

„Alles ist auf Deutsch […] Aber muttersprachliche Angebote sind auch wichtig.“ (IP 5)

Kritisch wurde zudem die Kürzung von Sprachförderangeboten angesprochen:

„Sprachförderung werden gekürzt. Das verschärft das Problem.“ (IP 5)

4. Diskriminierung und soziale Exklusion

Einzelne Befragte schildern direkte und indirekte von Diskriminierungserfahrungen in politischen Kontexten – sei es durch Geringschätzung, Mikroaggressionen oder „Mansplaining“. Besonders betroffen scheinen sich junge, migrantische und weibliche Personen zu fühlen:

„Wir wurden einfach bloßgestellt […] „Ihr seid neu, ihr seid jung, ihr seid weiblich, migrantisch“. Und dann: „Okay, jetzt erkläre ich das mal, wie das hier läuft.“ (IP 2)

Solche Erfahrungen werden nicht nur verletzend beschrieben, sondern könnten auch dazu führen, dass sich engagierte Menschen aus politischen Prozessen zurückziehen oder gar nicht erst einbringen.

5. Lebensrealitäten und fehlende Ressourcen

Politisches Engagement erfordere Zeit, Stabilität und mentale Kapazität – Voraussetzungen, die vielen Menschen mit prekären Lebenslagen verwehrt bleiben. Wer Care-Arbeit leiste, mehrere Jobs habe, mit Wohnungssuche oder psychischen Belastungen kämpfe, habe oft keinen Raum für ehrenamtliche oder politische Arbeit:

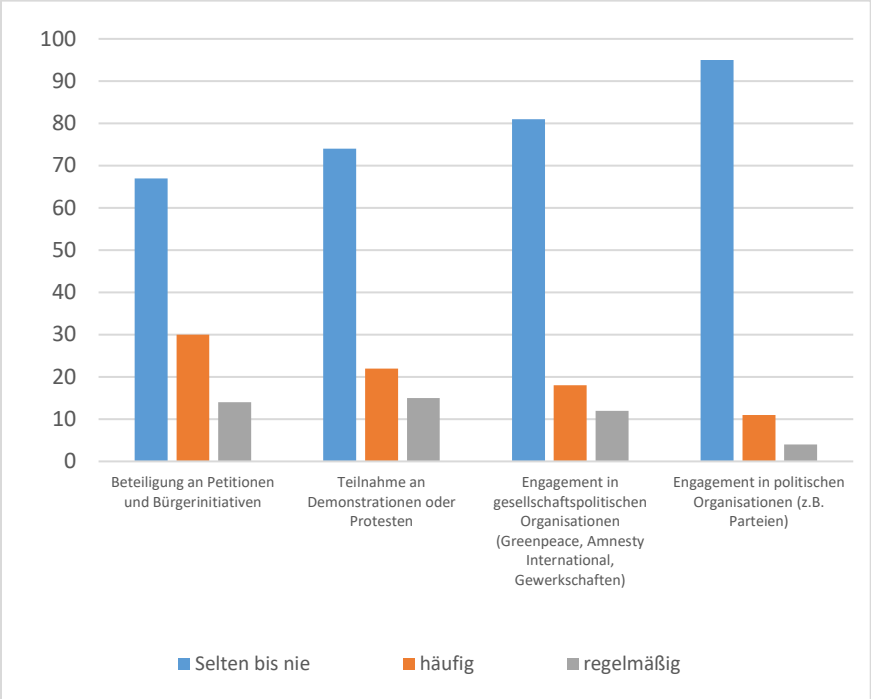
„Solange ich nicht weiß, wie ich über die Runden komme, ist kein Ehrenamt möglich – und auch kein politisches.“ (IP 2)

Ein weiterer Punkt stelle der zusätzliche Aufwand, den Ehrenamt im politischen Bereich bedeute, dar:

„Politisches Ehrenamt erfordert nicht nur Zeit für das Tun, sondern auch Zeit zum Nachdenken.“ (IP 2)

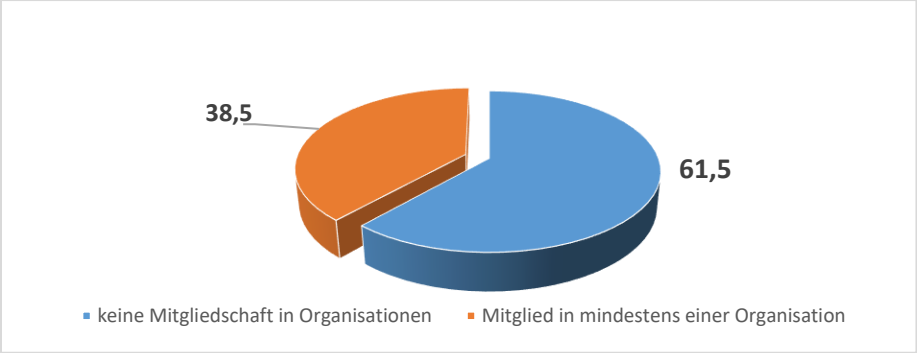
Die aus der Online-Umfrage gewonnenen Daten zeigen, dass die Häufigkeit des politischen oder zivilgesellschaftlichen Engagements der Studienteilnehmenden offenbar von der Art des Engagements abhängt. Ein Großteil der Befragten gab an, sich selten bis nie aktiv zu beteiligen. Höhere Beteiligungsraten wurden bei unverbindlicheren Formen wie Petitionen, Bürgerinitiativen sowie Demonstrationen und Protesten genannt. Demgegenüber war das Engagement in formelleren Strukturen – etwa in gesellschaftlichen Organisationen oder politischen Parteien – deutlich seltener.

Abbildung 6: Engagement außerhalb von Wahlen, N = 111



Zwei Drittel der Online-Befragten haben weder eine Mitgliedschaft in einer Partei noch Organisation.

Abbildung 7: Mitgliedschaften in Organisationen, Parteien Vereinen, o.ä., in Prozent, N = 109



Neben dem zeitlichen und persönlichen Aufwand könnten auch bürokratische oder andere Hürden eine Rolle spielen.

6. Misstrauen, mangelnde Erfahrung und Informationsdefizite

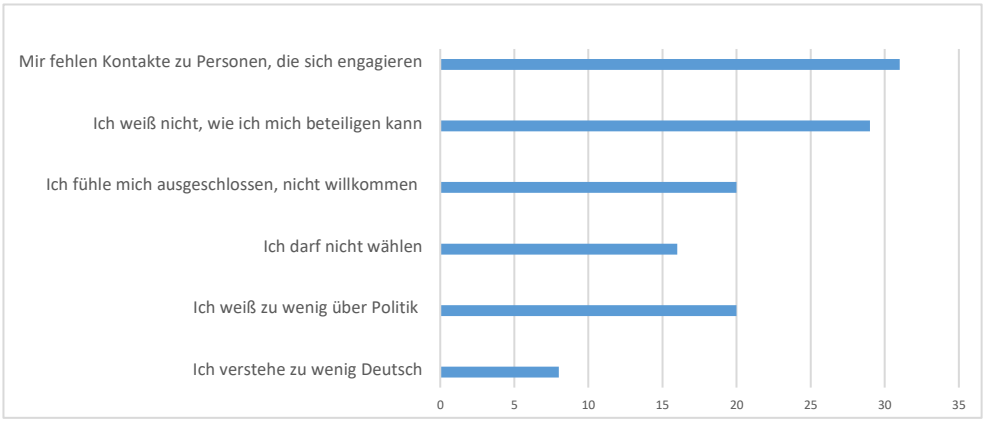
Menschen, die aus autoritär geprägten Ländern stammen oder negative Verwaltungserfahrungen gemacht haben, können laut Interview-Aussagen ein Grundmisstrauen gegenüber staatlichen Strukturen mitbringen. Dieses Misstrauen könne mit fehlendem Wissen über politische Prozesse einhergehen:

> *„Wenn man die Parteien nicht kennt, wenn man die Programme nicht kennt, wenn man das politische Geschehen insgesamt nicht kennt, auch aufgrund von sprachlichen Barrieren zum Teil, oder weil man einfach neu ist und dann einfach keine Informationen hat. Das kann dazu führen, dass man eben auch sich nicht daran beteiligt?“ (IP 3)*

„Natürlich verstehe ich auch, wenn man jahrelang aus einem System kommt, wo der Staat eher Bedrohung darstellt und nicht die schützende Hand“ (IP 6)

Ein weiterer Faktor, der politische Distanz verstärken kann, ist der Mangel an leicht zugänglicher politischer Bildung sowie an erreichbaren Ansprechpersonen. Auch die Ergebnisse der Online-Umfrage deuten darauf hin: Auf die Frage nach Hürden für politisches Engagement außerhalb von Wahlen nannten die Befragten am häufigsten fehlende Kontakte zu engagierten Personen und mangelndes Wissen über bestehende Beteiligungsmöglichkeiten.

Abbildung 8: Was erschwert Ihnen die Teilnahme an Wahlen oder anderen politischen Aktivitäten (Demonstrationen, Petitionen, Bürgerinitiativen, Gemeinde-/Vereinsarbeit, o.ä.) in Nürnberg? (Mehrfachantworten möglich)



Für die Befragten der Online-Umfrage stellen ein fehlendes Wahlrecht und Sprachbarrieren als eher nachrangige Hürden für politisches Engagement dar. Eine Erklärung hierfür könnte die Zusammensetzung der (nicht repräsentativen) Stichprobe sein: 85 Prozent der 123 Befragten sind selbst (oder mindesteins ein Elternteil) vor 2016 zugewandert, 65 Prozent besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft (davon 29 Prozent mit einer doppelten) und 62 Prozent haben einen Hochschul-/Universitätsabschluss (s. Anhang 2: Soziodemographie).

Hervorzuheben ist, dass der Großteil der von der Umfrage erreichten Personen politisch hoch interessiert ist und die meisten der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht bei den letzten Wahlen Gebrauch gemacht haben.

Abbildung 9: Generelles Interesse an Politik oder politischen Themen, N = 123

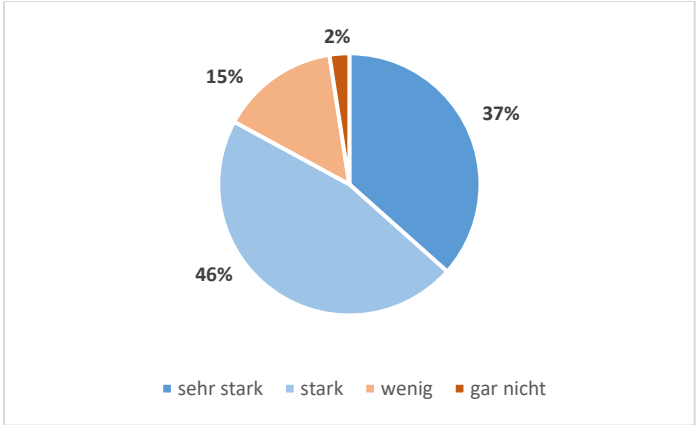


Tabelle 4: Wahlbeteiligung bei den letzten Bundestags-, EU und Kommunalwahlen

		Häufigkeit	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Bundestagswahl 2025				
Gültig	Wählende	77	64,7	64,7
	Nicht Wählende	4	3,4	68,1
	Nicht wahlberechtigt	34	28,6	96,6
	Keine Angabe/Weiß Nicht	4	3,4	100,0
	Gesamtsumme	119	100,0	
Fehlend	-99,00	4		
Gesamtsumme		123		
EU_Wahl 2024				
Gültig	Wählende	67	59,8	59,8
	Nicht Wählende	11	9,8	69,6
	Nicht wahlberechtigt	28	25,0	94,6
	Keine Angabe/Weiß Nicht	6	5,4	100,0
	Gesamtsumme	112	100,0	
Fehlend	-99,00	11		
Gesamtsumme		123		
Kommunalwahl 2020				
Gültig	Wählende	64	56,1	56,1
	Nicht Wählende	11	9,6	65,8
	Nicht wahlberechtigt	28	24,6	90,4
	Keine Angabe/Weiß Nicht	11	9,6	100,0
	Gesamtsumme	114	100,0	
Fehlend	-99,00	9		
Gesamtsumme		123		

Nichtsdestotrotz lassen sich mögliche Gründe für eine geringe nicht-elektoralen Partizipation der Befragten erkennen. Eine Ursache dürfte in der oben bereits erwähnten Unkenntnis darüber liegen, auf welche Weise ein politisches Einbringen möglich ist. Zudem zeigen die Daten, dass vielen Befragten nicht bekannt ist, welche Unterstützungsangebote es gibt, die politisches Engagement erleichtern könnten (s. dazu Grafik „Kenntnis über Hilfen“ in Kapitel „Unterstützungsmaßnamen“).

7. Zivilgesellschaft unter Druck

In den Interviews wird herausgestellt, dass viele politisch aktive Menschen ihren Einstieg in die Politik über zivilgesellschaftliche Organisationen finden. Doch gerade diese Strukturen stehen laut den Befragten zunehmend unter Druck – etwa durch veränderte Förderlogiken, politische Skepsis oder Angriffe auf ihre Gemeinnützigkeit:

> *„Die Gemeinnützigkeit wird in Frage gestellt […] Verfahren werden komplizierter – das trifft migrantische Vereine besonders hart.“ (IP 3)*

> *„Wenn wir hier sparen, verlieren wir langfristig viel mehr […] Das sind Investitionen in unsere Demokratie.“ (IP 3)*

Ohne stabile zivilgesellschaftliche Strukturen seien viele Brücken zur politischen Partizipation nicht tragfähig.

Fazit

Die strukturellen Hürden für politische Teilhabe werden in den Interviews als komplex und ineinander verschränkt beschrieben – sie können hiernach von rechtlichen Ausschlüssen über sprachliche und

parteiinterne Barrieren bis zu sozialen Ausschlüssen, Ressourcenmangel, Informationsdefizite und einer unter Druck stehenden Zivilgesellschaft reichen.

Unterstützungsmaßnahmen für politische Teilhabe in Nürnberg

In diesem Abschnitt werden Aussagen zusammengefasst, die sich mit strukturellen Bedingungen und Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung politischer befassen. Der Fokus liegt auf formellen und informellen Zugängen, institutionellen Strukturen, Barrieren sowie gezielten Empowerment-Maßnahmen. Die Aussagen aus den Einzelinterviews geben Einblicke in aktuelle Entwicklungen und bestehende Herausforderungen in Nürnberg.

1. Kommunale Beteiligungsformate

Aus den Interviews gehen einige Beteiligungsformate hervor, die die Stadt Nürnberg anbietet und sich auf die Einbindung aller Nürnbergerinnen und Nürnberger – unabhängig vom Einbürgerungsstatus – anzielen. Niederschwellige Angebote wie Bürgerversammlungen, digitale Dialogformate oder mobile Beteiligung durch Stadtteilrundgänge mit politischer Begleitung werden als innovative Zugänge wahrgenommen:

> *„Wir haben mobile Bürgerversammlungen – man kann mit dem Fahrrad durch die Stadt fahren und direkt sagen: Hier fehlt ein Kindergarten, hier ein Nahversorger. Auch digitale Beteiligung gibt es – für alle, die wenig Zeit haben.“ (IP 6)*

Solche Formate werden als Möglichkeit gesehen, konkrete Anliegen direkt an Entscheidungsträgerinnen und -trägern heranzutragen und die lokale Identifikation mit demokratischen Prozessen zu stärken.

2. Sprachliche und kulturelle Barrierefreiheit

Mehrsprachigkeit und interkulturelle Öffnung sind für die interviewten Personen grundlegende Voraussetzungen für inklusive politische Beteiligung. Im Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung (kurz: Integrationsrat) werde beispielsweise gezielt darauf geachtet, Informationen in mehreren Sprachen bereitzustellen:

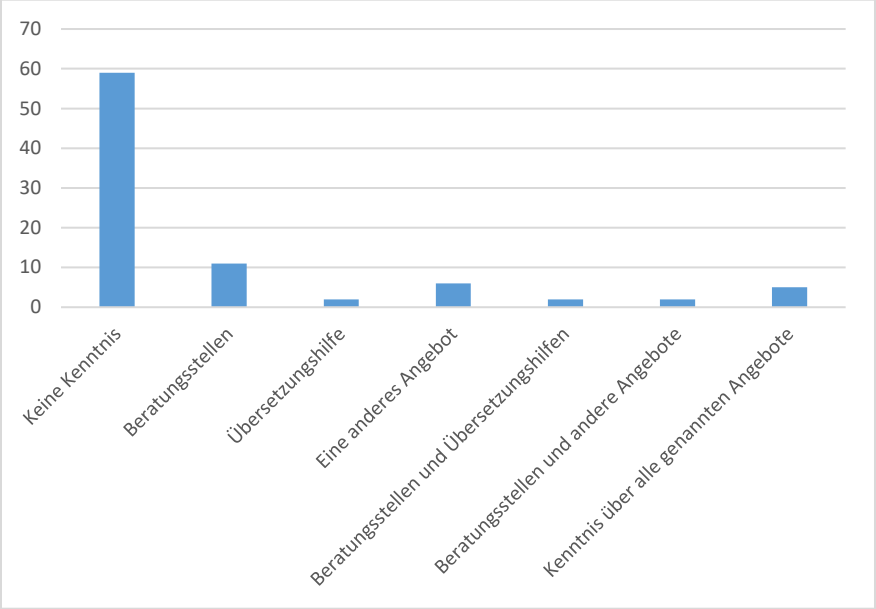
> *„Bei uns im Integrationsrat versuchen wir alles auf mehrere Sprachen anzubieten – das merkt man auch, weil die Menschen werden dann dadurch mehr aktiver.“ (IP 5)*

Darüber hinaus wird die Wichtigkeit betont, bei Informationsangeboten auch migrantische Perspektiven einzubeziehen und bewusst sprachliche Barrieren zu abzubauen:

> *„Die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten selbst, in diesen Prozessen der Informationsangebote könnte wichtig sein – nicht nur als Zielgruppe, sondern auch als Mitgestaltende.“ (IP 3)*

Einen Anhaltspunkt liefern die Daten aus der Online-Umfrage: Den Befragten waren Angebote, die helfen würden, sich zu engagieren, kaum bekannt.

Abbildung 10: Kenntnis über unterstützende Angebote, N = 87



In den offenen Antworten gaben viele Befragte an, dass sie sich mehr Informationen und eine gezieltere Ansprache wünschen würden, um sich politisch beteiligen zu können:

- *„Explizite Einladungen, damit ich weiß, dass ich erwünscht bin. Vielleicht auch Informationen über die Möglichkeiten, die es gibt."*
- *„Ein Aufruf bzw. Werbung wäre durchaus angebracht"*
- *„Mehr unparteiische Informationen, Flyer über Demokratie, Wahlen, Bürger-Engagement"*
- *„Grundinformationen über die Parteien, ihre Agenda, ihre Rolle usw. in einfacher Form sollen allen zur Verfügung gestellt werden."*
- *„Mehr Zeit und tatsächlich mehr (proaktiv zugestellte) Informationen zur Kommunalpolitik"*
- *„Über Briefe informieren. Zum Beispiel Einladungen etc."*
- *„Wenn ich regelmäßig und rechtzeitig Informationen darüber erhalten würde."*
- *„Mehr verständliche Infos zu Politik und Entscheidungen, Einfache Mitmachmöglichkeiten (z. B. online) Weniger Parteienstreit, mehr Sachlichkeit [,] Vertrauenswürdige Politiker[innen und Politiker]"*

3. Formale Rahmenbedingungen und rechtliche Entwicklungen

Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts – insbesondere die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Verkürzung von Wartezeiten – wird als wichtiger struktureller Fortschritt für politische Teilhabe benannt. So wird hervorgehoben:

> *„Durch die Annahme der doppelten Staatsbürgerschaft und kürzere Wartezeiten gibt es neue Möglichkeiten. Damit entstehen auch Beteiligungsrechte – das ist eine positive Entwicklung." (IP 3)*

Diese rechtlichen Entwicklungen stärken laut den Befragten die Grundlage für politische Mitwirkung – auf kommunaler ebenso wie auf Landes- und Bundesebene.

4. Empowerment und Mentoring

Persönliche Förderung, Vorbilder und politische Bildungsprogramme wurden mehrfach als Schlüssel für nachhaltige Teilhabe benannt. Ein Beispiel ist hier das Mentoring durch erfahrene Kommunalpolitikerinnen und -politikern:

> *„Unser jetziger Bürgermeister […] war mutig genug, um zu sagen, er möchte auf junge Kräfte setzen. Da war ich noch 25 alt […] und habe damals einen sehr, sehr guten Listenplatz bekommen." (IP 4)*

Programme wie *Young Up*[10] oder die *Politik Akademie der Vielfalt Aktiv für eine vielfältige Demokratie* [11] gelten als gelungene Formate zur Nachwuchsförderung. Eine befragte Person erläutert:

> *„Young Up war explizit für Bayern – weil man gemerkt hat: Im Landtag fehlen junge Stimmen, migrantische Stimmen […] und vom Verein aus konnten wir zwei, drei Menschen hinschicken." (IP 5)*

5. Zugang zu Parteien und Repräsentation

Die Erfahrungen mit Parteizugängen sind unterschiedlich: Einige schildern positive Erfahrungen mit gezielter Förderung, andere berichten von wenig Unterstützung und fehlender Relevanz ihrer Themen. So sagt eine Person:

> *„Ich habe Glück, dass ich in einer Partei bin, die sich Vielfalt auf die Fahne geschrieben hat […] Und zum anderen müssen die Parteien tatsächlich dran. Und nicht nur mit Statuten, sondern tatsächlich auch mit Listenplätzen." (IP 2)*

Eine andere interviewte Person beschreibt, wie politische Chancen durch persönliche Ansprache möglich wurden:

> *„Menschen haben mir Chancen gegeben – mich unterstützt. Ich habe Nürnberg immer als Stadt kennengelernt, in der man eine zweite oder dritte Chance bekommt." (IP 4)*

Gleichzeitig wird thematisiert, dass manche Anliegen als „nicht aktuell" abgewertet werden:

> *„Sobald ich mich bewerbe, heißt es: Deine Themen sind gerade nicht so heiß. Migration ist im Trend, aber über Klima, Wirtschaft, Schulsystem, Verwaltung […] darüber redet keiner." (IP 5)*

Fazit

Die Auswertung der vorliegenden Studie zeigt, dass die Stadt Nürnberg über ein vielfältiges Spektrum an Beteiligungsformaten verfügt, die politische Teilhabe grundsätzlich fördern können. Besonders positiv bewertet werden kommunale Beteiligungsangebote, jüngste rechtliche Entwicklungen im Staatsangehörigkeitsrecht sowie überregionale Empowerment-Programme. Gleichzeitig machen die Ergebnisse deutlich, dass strukturelle Barrieren fortbestehen – etwa beim Zugang zu politischen

[10] Bei „Young Up" handelt es sich um ein Projekt des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats (BZI). Es unterstützt junge BIPoC, sich politisch zu beteiligen (BZI 2022).
[11] „Politik Akademie der Vielfalt Aktiv für eine vielfältige Demokratie" ist ein weiteres Projekt des BZI, das darauf abzielt, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte die Politik näher zu bringen (BZI 2021).

Parteien, in der Sichtbarkeit migrantischer Perspektiven sowie bei der thematischen Repräsentation in politischen Diskursen:

> *„Ich glaube, wir müssen viel mehr informieren – über Möglichkeiten, sich einzubringen […] Und Vorurteile abbauen. Parteien in Deutschland sind anders, als viele sie aus Herkunftsländern kennen.“ (IP 2)*

Wahrnehmung von Vielfalt in politischen Strukturen

Die Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt in politischen Strukturen ist laut den Interviews ein Gradmesser für demokratische Teilhabe und Gleichwertigkeit. Besonders auf kommunaler Ebene – etwa in einer Stadt wie Nürnberg, in der über 50 % der Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte haben – stelle sich die Frage, ob sich diese Diversität in politischen Gremien, Verwaltung und Parteien angemessen widerspiegelt. Die vorliegenden Aussagen thematisieren, wie Vielfalt aktuell wahrgenommen wird, welche Fortschritte es gibt, aber auch, wo strukturelle und kulturelle Hürden weiterhin bestehen.

1. Fortschritte bei Diversität in politischen Gremien

Einige Stimmen würdigen positive Entwicklungen – insbesondere auf kommunaler Ebene. So wird etwa die Zusammensetzung der Nürnberger Grünen-Stadtratsfraktion explizit als Beispiel hervorgehoben:

> *„Die Hälfte hat Zuwanderungsgeschichte – und die Hälfte sind auch Frauen. Das war ganz bewusst so gewollt.“ (IP 2)*

Auch in der Stadtverwaltung werde seit Jahren strukturiert an migrationsbezogenen Themen gearbeitet:

> *„Ich beobachte, dass die Stadtverwaltung an den Themen, die mit Migration zu tun haben, seit Jahren sehr gute Arbeit leistet.“ (IP 3)*

Diese Entwicklungen werden insgesamt als positives Signal gewertet, wobei gleichzeitig betont wird, dass weitere Schritte notwendig sind:

> *„Haben wir wirklich da eine sehr gute Entwicklung, wobei Luft nach oben immer da ist […] damit man sieht, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auch an der Leitungsposition dann irgendwann vertreten sind.“ (IP 5)*

2. Wahrnehmung von Vielfalt als Anspruch und Spiegel der Realität

Vielfalt wird zunehmend als demokratischer Anspruch verstanden. Bei einer Stadtbevölkerung mit über 50 % Zuwanderungsgeschichte sei es nicht nur wünschenswert, sondern notwendig, dass sich dies auch in politischen Entscheidungsstrukturen widerspiegelt:

> *„Unsere Stadtbevölkerung ist Vielfalt pur […] und das muss sich auch im Stadtrat widerspiegeln.“ (IP 6)*

Dabei wird auch angemerkt, dass sich die gesellschaftliche Wahrnehmung von Vielfalt insgesamt gewandelt habe:

„Ich fühle selbst, dass in der Gesellschaft dieses Thema diskutiert wird […] anders angekommen ist, wie ich es damals empfunden habe.“ *(IP 1)*

3. Unterschiede zwischen Parteien

In den Aussagen der befragten Personen zeigen sich Unterschiede im Engagement der Parteien für strukturelle Vielfalt. Einzelne Parteien werden dabei als aktiver in der Umsetzung entsprechender Maßnahmen wahrgenommen. So werden beispielsweise die Grünen von einer interviewten Person als besonders engagiert beschrieben – unter anderem aufgrund bestehender Empowerment-Strukturen, geschützter Räume innerhalb der Partei und spezifischer Vielfaltsregelungen:

„Ich sag mal, die Grünen sind da Vorreiter […] Wir haben Empowerment-Netzwerke, wir haben Safer Spaces innerhalb der Partei […], aufgrund von Vielfaltsstatut, Frauenstatut […] unsere Ansprüche […] durchsetzen.“ (IP 2)

Gleichzeitig wird betont, dass diese Entwicklungen verstetigt und langfristig verankert werden müssten:

„Aber jetzt kommt es darauf an, ob wir das wirklich so nachhaltig installieren können. […] Das sei jetzt erstmalig, aber hoffentlich nicht einmalig.“ (IP 2)

4. Fehlende Teilhabe bei relevanten Diskursen

Trotz erkennbarer Fortschritte werden weiterhin Defizite in der tatsächlichen politischen Teilhabe gesehen – insbesondere im Kontext migrationsbezogener Themen. Eine Interviewaussage bringt diese Einschätzung deutlich zum Ausdruck:

„Es wurde über Menschen mit Migrationsbezug geredet – aber nicht mit ihnen.“ (IP 5)

Ein anderer Beitrag verweist auf problematische Diskursmuster in Parteien:

„Dass auch in allen demokratischen Parteien […] Thema Migration […] in einen sehr schwierigen, problematischen Diskurs eingebettet ist, das mir wirklich große Sorgen macht.“ (IP 3)

5. Fehlende Anerkennung spezifischer Perspektiven

Obwohl Diversität stärker wahrgenommen wird, erfahren die spezifischen Anliegen einiger Gruppen, darunter queere Menschen, junge Erwachsene und Menschen mit Fluchterfahrung, weiterhin nicht immer die gebührende Beachtung:

„Am Landtag sehen wir 53 Prozent Menschen sind über 45 bis 60 Jahre alt […] Es gibt Menschen mit Migrationsbezug, Fluchterfahrung, queere Menschen […] warum fehlt die Beteiligung? Weil deren Themen wird nicht ernst genommen.“ (IP 5)

Ein anderer Fokus richtet sich auf Themen wie Bildung und soziale Teilhabe:

„Der Fokus muss klar auf Zukunftsinvestitionen liegen, auf Bildung […] auf dem Thema Jugend […] Obdachlosigkeit, Thema Menschen mit Fluchtgeschichte […]“ (IP 4)

Fazit

Die Wahrnehmung von Vielfalt in politischen Strukturen ist differenziert: Einerseits zeigen sich positive Entwicklungen, wie vielfältigere Fraktionen, Empowerment-Initiativen innerhalb der Parteien und eine erhöhte Sensibilität gegenüber migrationspolitischen Themen. Andererseits werden weiterhin Herausforderungen herausgestellt: Menschen mit Zuwanderungsgeschichte seien nach wie vor unterrepräsentiert, würden häufig auf spezifische Themenfelder beschränkt, und ihre Perspektiven würden nicht immer umfassend berücksichtigt. Zudem bleibe die strukturelle Verankerung von Vielfalt – beispielsweise in der Verwaltung oder in Führungspositionen – hinter den gesellschaftlichen Gegebenheiten zurück.

Anteil von Politikerinnen und Politikern mit Zuwanderungsgeschichte

Die Interviewaussagen weisen darauf hin, dass trotz einzelner Fortschritte weiterhin strukturelle Hürden bestehen könnten und die politische Teilhabe möglicherweise nicht vollständig dem gesellschaftlichen Potenzial entspricht.

1. Unterrepräsentation trotz Fortschritten

Einige Befragte betonen, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Nürnberger Politik – insbesondere in Führungspositionen – weiterhin vergleichsweise selten vertreten sind. Positive Entwicklungen, etwa im Stadtrat, werden zwar wahrgenommen, doch insgesamt wird die Repräsentation als noch unausgewogen eingeschätzt:

> *„Menschen mit Migrationshintergrund sind unterrepräsentiert, sind außen vor in manchen Bereichen, aber fehlen auch einfach in diesem Diskurs, weil sie nicht selbst teilnehmen.“ (IP 5)*

Ein anderer Beitrag stellt fest:

> *„Es ist Realität, dass in den Spitzenfunktionen in der Nürnberger Stadtverwaltung oder in der Nürnberger Stadtpolitik eigentlich der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund viel niedriger ist als der an der Stadtgesellschaft.“ (IP 4)*

Gleichzeitig wird anerkannt, dass es durchaus Fortschritte gibt, etwa bei der Zusammensetzung des aktuellen Stadtrats:

> *„Wir sind 14 Stadträtinnen und Stadträte – und die Hälfte hat Zuwanderungsgeschichte.“ (IP 2)*

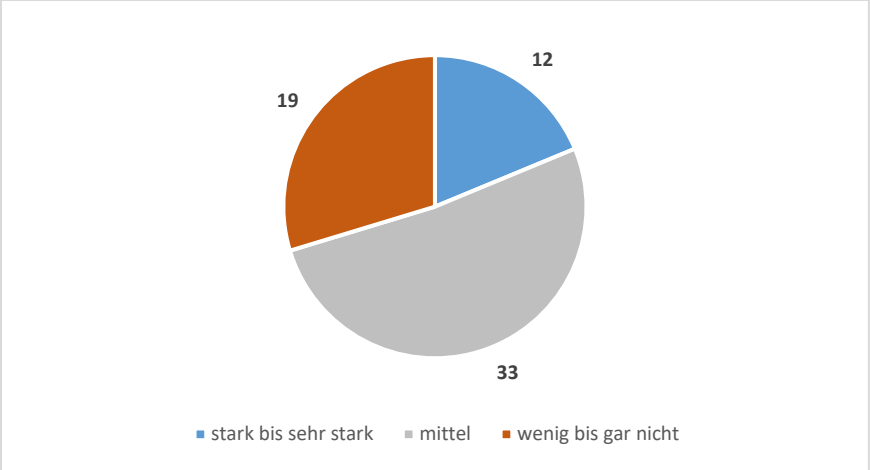
2. Repräsentation stärkt politische Beteiligung

Sichtbare Vorbilder in der Politik können als identitätsstiftend wahrgenommen werden und das politische Engagement fördern – insbesondere für Personen, die sich bisher nur wenig repräsentiert fühlten:

> *„Wir beobachten, dass Wahlbeteiligung steigt, wenn Menschen bei Wahlen Kandidatinnen und Kandidaten sehen, mit denen sie sich identifizieren – etwa aus der eigenen Community.“ (IP 3)*

Die Befragten der der Online-Umfrage, die bei der letzten Kommunalwahl gewählt haben (N=64), sehen ihre Interessen durch den Nürnberger Stadtrat mittelmäßig bis gut vertreten.

Abbildung 11: Haben Sie das Gefühl, dass die Stadträtinnen und Stadträte in Nürnberg Ihre Interessen ausreichend vertreten? N = 64



Auch die Anerkennung als gleichwertiger Teil einer politischen Bewegung kann zur Beteiligung motivieren.

Fazit

In Nürnberg zeigen sich Ansätze zur politischen Repräsentation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – insbesondere auf kommunaler Ebene. Gleichzeitig weisen die Aussagen auf bestehende Herausforderungen hin: Eine Unterrepräsentation in Führungspositionen, eine thematisch eingeschränkte Wahrnehmung sowie strukturelle Hürden können nach wie vor eine gleichberechtigte Teilhabe erschweren.

Auswirkungen des Wahlrechtes auf die politische Partizipation

Das Wahlrecht wird als ein zentrales Instrument demokratischer Teilhabe wahrgenommen und definiere die Grenze zwischen aktiver Mitbestimmung und passiver Beobachtung. Für viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sei die politische Beteiligung in Deutschland maßgeblich vom rechtlichen Status abhängig – insbesondere von der Staatsangehörigkeit. Die folgenden Aussagen verdeutlichen, inwieweit das geltende Wahlrecht die Möglichkeiten politischer Partizipation strukturiert, einschränkt oder eröffnet. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem kommunalen Wahlrecht als unmittelbarem Zugang zur Beteiligung im Lebensumfeld.

1. Kommunales Wahlrecht als Chance – aber nicht für alle

Das kommunale Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger aus EU-Mitgliedstaaten wird vereinzelt als Fortschritt wahrgenommen, da es eine politische Mitbestimmung ermöglicht – wenn auch begrenzt auf diese spezifische Gruppe:

> *„Die Möglichkeit, dass alle, die aus der Europäischen Union erstmal zu uns kommen, die haben automatisch das Wahlrecht.“ (IP 6)*

Gleichzeitig wird auf die strukturelle Ungleichheit verwiesen, da Drittstaatsangehörige nach wie vor ausgeschlossen sind:

> *„Die haben bestimmte Möglichkeiten, die einem anderen Teil der Migrantinnen und Migranten komplett verwehrt bleiben.“ (IP 3)*

Diese rechtliche Grenze wird als nicht mehr zeitgemäß empfunden – insbesondere angesichts der langjährigen Verwurzelung vieler Betroffener in den Kommunen:

> *„Wahlrecht für alle ist die Lösung – zumindest auf kommunaler Ebene." (IP 5)*

2. Einbürgerung als Voraussetzung – Fortschritte und Frustration

Reformen im Staatsangehörigkeitsrecht, etwa durch kürzere Wartezeiten oder die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, werden von einzelnen Stimmen als Fortschritt anerkannt:

> *„Durch die Verkürzung der Einbürgerungsfristen […] sind für bestimmte Gruppen neue Möglichkeiten der Einbürgerung entstanden […] da wird man mit politischen Rechten praktisch ausgestattet, mit Beteiligungsrechten. Das ist eine positive Entwicklung." (IP 3)*

Gleichzeitig wird deutlich, dass viele aus der sogenannten „Gastarbeiter"-Generation über Jahrzehnte hinweg auf diese Möglichkeit gewartet haben – oft vergeblich. Die Folge: ein schleichender Verlust an politischem Interesse:

> *„Viele von diesen Menschen haben das Interesse verloren – weil es nicht ein Jahr, zwei Jahre ist, sondern sie seit 20, 30, 40 Jahren warten." (IP 5)*

Demgegenüber erscheinen den Befragten neu Zugewanderte als politisch wacher und interessierter:

> *„Die, die neu gekommen sind – die treffe ich oft. Sie sind hoch politisiert und wollen mitgestalten." (IP 5)*

3. Ausschluss führt zu politischer Frustration und Ohnmacht

Die Beiträge verdeutlichen, wie stark das Fehlen des Wahlrechts als Form des Ausschlusses erlebt wird – selbst bei langjähriger gesellschaftlicher Integration:

> *„Man sieht die Probleme, weiß, woran es hängt, hat Ideen – aber darf sich nicht beteiligen. Man bleibt Zuschauer." (IP 5)*

Dieses Gefühl politischer Ohnmacht treffe nicht nur das Individuum, sondern auch dessen Vertrauen in demokratische Prozesse:

> *„Wenn dann mit dem Finger auf dich gezeigt wird, bleibst du Zuschauer – egal wie stark du dich engagierst." (IP 5)*

4. Identifikation mit der Kommune als Schlüssel zur Integration

Die starke emotionale und soziale Bindung an den Wohnort wird als wichtiger Faktor für politische Zugehörigkeit beschrieben – häufig noch vor einer Identifikation mit dem Nationalstaat:

> *„Für viele Migrantinnen und Migranten ist es einfacher zu sagen: ‚Ich bin Nürnbergerin' als zu sagen: ‚Ich bin eine Deutsche'." (IP 3)*

Ein kommunales Wahlrecht für alle würde daher nicht nur formale Teilhabe ermöglichen, sondern auch die Identifikation mit der Stadtgesellschaft stärken:

„Ich glaube, mit kommunalem Wahlrecht könnte man […] genau diese Selbstwahrnehmung verbessern.“ (IP 3)

5. Politisches Engagement wird durch rechtliche Hürden gehemmt

Selbst engagierte oder gut integrierte Menschen stoßen nach Einschätzung der Befragten auf rechtliche Grenzen, wenn ihnen das Wahlrecht fehlt. Dies erschwere politisches Engagement und könne entmutigen:

„Da bleibt einem oft nur, sich mit jemandem zu vernetzen, der dann für einen spricht – aber selbst gestalten ist schwer.“ (IP 5)

„Selbst wenn man Verantwortung übernehmen will – ohne Wahlrecht bleibt das sehr schwer.“ (IP 5)

Die Folge kann ein Rückzug aus politischer Aktivität sein - nicht aus mangelndem Interesse, sondern wegen fehlender Rechte. Die Studienlage dazu ist konsistent.[12]

Fazit

Die Interviewaussagen verdeutlichen, dass das Wahlrecht ein entscheidender Hebel für politische Zugehörigkeit und tatsächliche Teilhabe sein kann. Während Reformen im Staatsangehörigkeitsrecht laut den Befragten neue Möglichkeiten eröffnen, bleibe der Ausschluss vom kommunalen Wahlrecht für viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eine bedeutende Hürde. Insbesondere auf kommunaler Ebene – wo politische Entscheidungen den Alltag direkt beeinflussen – habe dieser Ausschluss große Auswirkungen. Eine Ausweitung des kommunalen Wahlrechts könne daher nicht nur die politische Beteiligung fördern, sondern auch Integration und gesellschaftliche Zugehörigkeit langfristig stärken.

Politische Präferenzen und Engagement außerhalb von Wahlen

Die Interviews thematisieren die gesellschaftliche Teilhabe sowie Zugänge zu politischer Repräsentation, zivilgesellschaftlichem Engagement sowie individuellen Motivationen für Beteiligung – und machen deutlich, dass politische Teilhabe über das Wahlrecht hinausgehe.

1. Zivilgesellschaftliches Engagement und Teilhabe

Ein häufig genanntes Thema ist das vielfältige bürgerschaftliche Engagement in der Nürnberger Stadtgesellschaft. Besonders als niedrigschwellige Form gesellschaftlicher Teilhabe werden überparteiliche Bürgervereine hervorgehoben, die in zahlreichen Stadtteilen aktiv sind:

„Wir haben viele Bürgervereine in Nürnberg, die überparteilich arbeiten. Da kann man einfach mitmachen, egal woher man kommt – ob in Gleishammer, Großgründlach oder Mögeldorf.“ (IP 6)

Auch Sportvereine werden als zentrale Orte sozialer Integration beschrieben, die generationen- und herkunftsübergreifende Begegnungen ermöglichen:

[12] Vgl. dazu u.a. Diehl; Urhahn 1998, Vierus et al. 2023, Wilmes 2018, Caballero; Diehl 2020

„Im Sportbereich […] auch ein Bereich, wo es viele Kontakte gibt. Das ist oft ein Raum, in dem Interkulturalität ganz selbstverständlich gelebt wird.“ (IP 3)

Neben institutionalisierten Formen finden sich auch viele Beispiele außerparlamentarischer Beteiligung, etwa durch Protestaktionen, öffentliche Stellungnahmen oder kulturelle Veranstaltungen in den Interviews:

„Demonstrationen, öffentliche Präsenz, sich zivilgesellschaftlich zeigen – das ist wichtig, gerade für Migrantinnen und Migranten. Damit wird deutlich: Wir gehören dazu.“ (IP 3)

2. Politisches Engagement und Repräsentation

Einige Beiträge thematisieren parteipolitisches Engagement – sowohl im Stadtrat als auch in politischen Jugendorganisationen und Parteien. Dabei wird vereinzelt deutlich, dass persönliche Erfahrungen das Engagement beeinflussen und mit dem Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung verbunden sein können:

„Kurz vor dem Abi wollte ich auch in andere Felder […] mich für soziale Themen einsetzen – und bin dann zu den Jusos gegangen.“ (IP 4)

„Ausschlaggebend für mein Engagement war beispielsweise die hohe Schulabbrecherquote in Nürnberg.“ (IP 4)

Die Repräsentation wird nicht als Ziel, sondern als Verantwortung verstanden – insbesondere in der Verbindung persönlicher Erfahrungen mit gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen:

„Ich werde regelmäßig angerufen, angefragt von meinen Nachbarn, Nachbarinnen und vertrete deren Interessen im Nürnberger Stadtrat […] engagiere mich in der Sportpolitik und setze mich für soziale Mobilität ein. Denn Mobilität […] ist für mich auch ein Stück Sozialpolitik.“ (IP 4)

Thematisch fokussieren sich die Aussagen auf soziale Gerechtigkeit, Bildung, Integration und städtische Infrastruktur:

„Meine Leidenschaft gilt der Verkehrs- und Mobilitätspolitik – weil sie auch über Teilhabe und Chancen entscheidet.“ (IP 4)

3. Integrations- und Vielfaltsgestaltung

Ein zentrales Anliegen einiger Befragter ist die bewusste Gestaltung von Vielfalt. Dabei wird der klassische Begriff „Integration“ zunehmend kritisch gesehen – als einseitig und defizitorientiert. Stattdessen wird das Konzept der Vielfaltsgestaltung bevorzugt, das unterschiedliche Diskriminierungserfahrungen und Perspektiven mitdenkt:

„Ich bin Sprecherin für Vielfaltsgestaltung, nicht für Integration. Es geht mir um Menschenrechte, Antirassismus und intersektionales Denken – nicht um Anpassung.“ (IP 2)

Zivilgesellschaftliches Engagement wird nicht als bloßer Ausdruck individueller Initiative verstanden, sondern als politische Arbeit im besten Sinne:

„Es war halt diese wirklich sehr starke zivilgesellschaftliche Perspektive […] aber auch politische Fürsprache, Empowerment, Advocacy.“ (IP 2)

Fazit

Die Aussagen spiegeln vielfältige Formen des Engagements wider, die vom lokalen Vereinsleben über institutionelle Politik bis hin zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten reichen. Dabei fällt die Verbindung zwischen biografischer Reflexion und politischem Handeln auf. Die Themen Integration, soziale Gerechtigkeit, Bildung und Vielfalt sind dabei auf allen Ebenen präsent. Nürnberg wird als ein Raum beschrieben, in dem demokratische Teilhabe aktiv gestaltet werden kann – unter der Voraussetzung, dass politische und gesellschaftliche Strukturen zugänglich bleiben und Offenheit für Vielfalt zeigen.

Rolle von migrantischen Organisationen

Die Interviews stellen heraus, dass sich in Nürnberg seit vielen Jahren verschiedene migrantische Organisationen sowie selbstorganisierte Gruppen mit Zuwanderungsgeschichte für die Stärkung politischer Teilhabe und gesellschaftlicher Inklusion engagieren. In unterschiedlichen Funktionen – etwa als Vermittler zwischen institutionellen Akteuren und migrantischen Lebensrealitäten, als Plattformen für Austausch und Interessenvertretung oder als Orte der Selbstermächtigung – gestalten sie das kommunale Miteinander aktiv mit. Einzelne Erfahrungsberichte veranschaulichen dabei die vielfältigen Perspektiven auf ihre Rolle und Wirkung.

1. Politische Aktivierung und Empowerment durch gezielte Projekte

Vereinzelt berichten Befragte von Projekten, die gezielt politische Bildung fördern und Beteiligung vorbereiten – insbesondere für unterrepräsentierte Gruppen wie Frauen mit Zuwanderungsgeschichte:

> *„Wir hatten mal ein Projekt mit Kooperationspartnern, wo wir ganz direkt Frauen angesprochen haben, die Interesse an Kommunalpolitik hatten – mit Schulungen und Unterstützung, auch zur Kandidatur." (IP 3)*

Diese Art von Projektarbeit zeigt exemplarisch, dass politische Teilhabe aktiv vorbereitet und gestärkt werden kann.

2. Migrantische Organisationen als politische Akteure auf mehreren Ebenen

Organisationen wie AGABY sehen sich nicht nur als migrantische Organisation, die nur innerhalb der Communities arbeiten, sondern auch als strukturierte Interessenvertretungen gegenüber Politik und Öffentlichkeit:

> *„Die dritte Zielgruppe ist die Politik und Institutionen auf der bayerischen Ebene […] über Briefe, Resolutionen, Stellungnahmen, Veranstaltungen." (IP 3)*

> *„Unsere Formate reichen von Vollversammlungen über Online-Treffen bis hin zu direkter Pressearbeit." (IP 3)*

Dieses mehrschichtige Wirken – intern wie extern – macht die Organisationen zu relevanten Akteuren politischer Kommunikation und Einflussnahme.

3. Brückenfunktion und lokale Verankerung

Migrantische Vereine seien an vielen Orten als „Vertrauensorte" etabliert – Räume, in denen politischer Austausch stattfinde, Anliegen formuliert werde und informelle Mobilisierung erfolge.

Einige Interviewte berichten, dass in diesen Kontexten Menschen zur politischen Kandidatur ermutigt wurden:

> *„Das hört man ja im Hintergrund in den Vereinen: ‚Stell dich doch auf, dann haben wir unsere Anliegen auch im Stadtrat.'" (IP1)*

> *„Ich gehe gerne zu diesen Vereinen – ich merke, dass ich dort gerne gesehen werde, und das ist mir ein großes Anliegen." (IP 1)*

Diese lokale Verbundenheit zwischen Community und Politik unterstreicht die Bedeutung direkter Ansprache.

Auch bei der Online-Umfrage wurden migrantische Vereine und Initiativen sowie Kulturläden und weitere Beratungsstellen als Ermöglichungsräume beziehungsweise Hilfe für politisches Engagement genannt, unter anderem: IMEDANA[13] e.V., Bayerischer Flüchtlingsrat, AWO[14] Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte, ZAM[15]-Beratung, Jugendmigrationsdienst bei EJN[16], We integrate e.V., Stabstelle Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg.

4. Zugang zu spezifischen Lebensrealitäten

Die verschiedenen Erfahrungsberichte deuten darauf hin, dass migrantische Organisationen häufig über einen engen Bezug zu den Lebensrealitäten ihrer Mitglieder verfügen. Dieses Wissen aus erster Hand könne insbesondere bei der differenzierten Erfassung von Bedarfen sowie bei Rückmeldungen zu politischen Maßnahmen hilfreich sein:

> *„Wie ticken die Menschen? Damit man das Uhrwerk einstellen kann, brauchen wir diese Verbindung." (IP 1)*

> *„Jede Community ist ein wichtiger Beitrag – sie geben uns einen Zugang zu ganz unterschiedlichen Perspektiven." (IP 6)*

Dieses Erfahrungswissen macht sie zu wichtigen Dialogpartnerinnen und -partnern für Verwaltung, Parteien und Beiräte.

5. Repräsentation und strukturelle Beteiligung

Einige Aussagen betonen, dass migrantische Verbände nicht nur beratend wirken, sondern auch strukturell in politische Prozesse eingebunden sind – etwa bei Wahllisten oder der Organisation von Beteiligungsformaten:

> *„Wir fragen euch als migrantische Verbände, zum Beispiel wenn es um Listenaufstellungen geht." (IP 5)*

> *„Heute haben wir Stammtisch – kommt rein, redet über eure Themen, dann schauen wir, wie wir die Themen lösen." (IP 5)*

[13] Institut für Medien- und Projektarbeit
[14] Arbeiterwohlfahrt
[15] Zentrale Anlaufstelle Migration
[16] Evangelische Jugend Nürnberg

„Für Integrationsratswahlen haben wir vom Verein aus auch Listen aufgestellt.“ (IP 5)

Diese Beispiele zeigen: Beteiligung findet nicht nur informell statt, sondern kann auch strukturell verankert werden.

Fazit

In Nürnberg übernehmen migrantische Organisationen vielfältige Funktionen in der Förderung politischer Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sie bieten Räume für Empowerment und politische Bildung, vertreten Interessen nach außen und sind in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden. Damit tragen sie nach Einschätzung der Befragten zur Verbindung zwischen gesellschaftlicher Alltagserfahrung und institutionellen Strukturen bei. In Fachkreisen und Praxisberichten wird ihre Rolle zunehmend nicht nur als symbolisch, sondern als strukturell bedeutsam für eine demokratisch und diversitätsorientiert gestaltete Stadtgesellschaft beschrieben.

Zusammenfassung der strukturellen Faktoren

Die im Rahmen der Analyse ausgewerteten Aussagen zeichnen ein differenziertes Bild der politischen Teilhabechancen in Nürnberg. Sie verweisen auf eine Vielzahl von Engagementformen – unter anderem in Parteien, zivilgesellschaftlichen Initiativen, migrantisch geprägten Organisationen sowie im öffentlichen Raum. Zugleich verdeutlichen sowohl qualitative Rückmeldungen als auch Ergebnisse der Online-Befragung, dass politische Teilhabe wohl nicht für alle gleichermaßen zugänglich ist.

Dabei werden insbesondere strukturelle Rahmenbedingungen thematisiert, die als hemmend oder ausschließend erlebt werden. Genannt werden etwa das eingeschränkte kommunale Wahlrecht, mangelnde Informationsangebote, formale Eintrittshürden in parteipolitische Strukturen sowie institutionell verankerte kulturelle Selbstverständnisse. Diese Faktoren wirken sich nach Einschätzung einzelner Beteiligter negativ auf Teilhabechancen aus.

Die Auswertung gibt zudem Hinweise darauf, unter welchen Bedingungen politisches Engagement als unterstützend und wirksam erlebt wird. Wiederholt wird hervorgehoben, wie bedeutsam persönliche Ansprache, biografische Anknüpfungspunkte, sichtbare Repräsentation und niedrigschwellige Beteiligungsformate für eine gelingende Teilhabe sein können. Migrantisch geprägte Organisationen nehmen dabei häufig eine vermittelnde Rolle ein – sowohl gegenüber politischen Institutionen als auch in Richtung Stadtgesellschaft. Besonders positive Erfahrungen werden dort benannt, wo politische Strukturen offen für Diversität sind und diese aktiv einbinden – etwa durch transparente Auswahlprozesse, gezielte Nachwuchsförderung, Empowerment-Ansätze oder eine inklusive Kommunikationskultur.

Gesellschaftliche Faktoren

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen haben nach Einschätzung der Befragten einen maßgeblichen Einfluss darauf, ob und wie Menschen mit Zuwanderungsgeschichte politische Teilhabe erleben. Dabei stellen die Interviews ein Zusammenwirken individueller Erfahrungen, struktureller Gegebenheiten und gesellschaftlicher Dynamiken heraus. Die Aussagen im Rahmen dieser Forschung zeigen, wie Vertrauen, Repräsentation und mediale Einflussnahme den Zugang zu demokratischen Prozessen mitbestimmen können. Während kommunale Strukturen in Nürnberg vielfach als offen und zugänglich beschrieben werden, bleiben Skepsis, Unsicherheiten und digitale Desinformation als reale Herausforderungen für die Interviewten bestehen. Die Vergleiche mit anderen Städten und politischen

Ebenen unterstreichen, dass lokale Integrationspolitik im gesamtgesellschaftlichen Spannungsfeld operiert – mit Potenzial, aber auch klaren Grenzen.

Besondere Herausforderungen oder Chancen in Nürnberg

Die Interviews zeigen exemplarisch Beispiele die Wahrnehmung der Befragten, dass Nürnberg sowohl vor spezifischen Herausforderungen als auch vor besonderen Chancen im Kontext gesellschaftlicher Integration steht. Mit einem Anteil von über 50 % der Stadtgesellschaft, sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ein wichtiger Teil von Nürnberg und tragen zu einer hohen Diversität bei. Dies schaffe besondere Voraussetzungen für eine lokale Integrationspolitik, die Barrieren abbaue und neue Wege zur Teilhabe eröffnen müsse. Nürnberg wird als weltoffene „Stadt der Chancen" beschrieben – gleichzeitig werden strukturelle und kommunikative Hürden hervorgehoben, die politische und gesellschaftliche Partizipation einschränken.

1. Nürnberg als „Stadt der Chancen" – Ein positives Fundament

Nürnberg wird vereinzelnd als ein Ort wahrgenommen, an dem gesellschaftliche Teilhabe grundsätzlich möglich ist. So wurde hervorgehoben, dass die Stadt früh Beiratsstrukturen eingeführt, diverse Projekte initiiert und niedrigschwellige Beteiligungswege etabliert habe. Auch persönliche Erfolgsgeschichten spiegeln sich in dieser Einschätzung wider. So wird betont:

> *„Ich habe Nürnberg immer kennengelernt als Stadt, in der man eine Chance bekommen kann und auch eine zweite oder dritte." (IP 4)*

> *„Es ist eine Stadt, die nicht nur ein Label ‚Stadt der Menschenrechte' hat, sondern es auch wirklich die Mehrheit lebt." (IP 4)*

Die vielfältige Vereinslandschaft wird ebenfalls als Ressource für Teilhabe betont:

> *„Überall, wo ich hingekommen bin – vom Trachtenverein bis zum Sportverein – wurde ich mit meiner Geschichte als waschechter Nürnberger immer anerkannt." (IP 4)*

2. Hürden und Herausforderungen – Beteiligung bleibt ausbaufähig

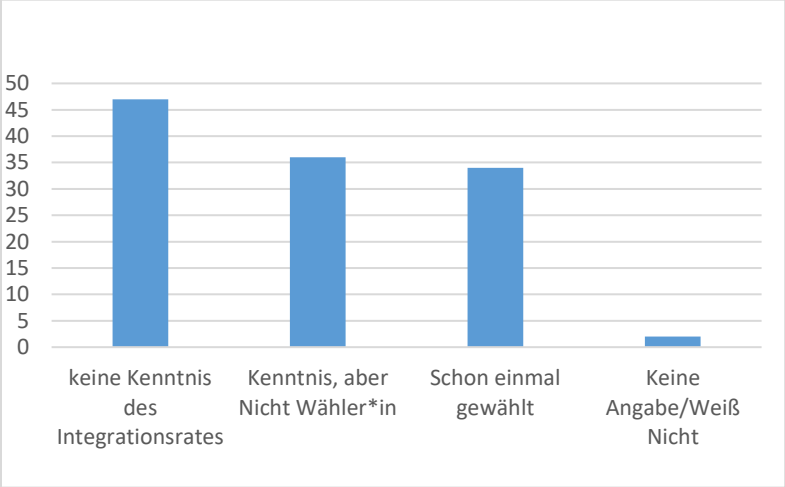
Trotz dieser positiven Grundlage sehen die Interviewten klare Herausforderungen. Ein häufig genanntes Thema ist die geringe Wahlbeteiligung beim Integrationsrat, die bei ihren letzten Wahlen bei rund 3,5 % lag. Dies wird wie folgt kommentiert:

> *„3,5 % ist nicht gut. Viele wissen nicht einmal, dass wir einen Integrationsrat haben." (IP 6)*

Diese geringe Sichtbarkeit wird als strukturelles Kommunikationsdefizit mit Folgen für die politische Teilhabe bewertet.

Die Daten aus der Online-Umfrage schienen dies zu bestätigen: Knapp 40 % der Befragten kennen den Integrationsrat nicht, ein Drittel kennt ihn zwar, hat ihn aber nicht gewählt und lediglich ein knappes Drittel der Befragten gibt an, den Integrationsrat schon einmal gewählt zu haben

Abbildung 12: Wahl des Integrationsrates, N = 119



Den Nicht-Wählenden (N=32) fehlte es vor allem an Informationen über Parteien, Kandidierenden und deren Themen sowie an Informationen darüber, was die Aufgaben eines Integrationsrates sind. (s. Tabelle im Anhang 2).

Auch die Komplexität digitaler Verwaltungsprozesse wird kritisch angesprochen:

> *„Allein auf der Plattform ‚Mein Nürnberg' einen Antrag zu finden – puh, da kann man stundenlang drüber reden." (IP 5)*

3. Gesellschaftliche Vielfalt als Herausforderung und Chance

Die gesellschaftliche Vielfalt Nürnbergs wird als Realität anerkannt – verbunden mit der Erwartung, dass Politik und Verwaltung ihre Zugänge kontinuierlich anpassen müssen:

> *„Die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verändern sich, auch die Gründe einer Zuwanderung verändern sich. Wir müssen immer wieder evaluieren: Sind wir noch richtig unterwegs?" (IP 6)*

Auch wird auf eine politische Verantwortung hingewiesen, aktiv mit Frustration und politischer Entfremdung umzugehen:

> *„Wie schaffen wir es, Prioritäten richtig zu setzen – auch für die, die frustriert sind oder extreme Parteien wählen?" (IP 4)*

4. Potenziale aktiver Teilhabe – neue Gruppen und Impulse

Viele Interviewpartnerinnen und -partner sehen in der Stadt weiterhin große Potenziale für stärkere politische Teilhabe – insbesondere durch gezielte Ansprache bislang unterrepräsentierter Gruppen:

> *„Ich werbe aktiv für die Kommunalwahl und sage zu BIPoCs[17], queeren Menschen, Geflüchteten: Kommt, bewerbt euch, lasst euch aufstellen." (IP 5)*

[17] Black, Indigenous, and People of Color

Auch wird betont, dass in Nürnberg bereits politische Teilhabe für Menschen ohne deutschen Pass über beratende Gremien möglich sei:

> *„Man kann sich im Integrationsrat engagieren und somit auch in der Integrationskommission mitwirken – auch ohne deutschen Pass.“ (IP 6)*

Die Bedeutung von Bürgervereinen und lokaler Netzwerkarbeit wird ebenfalls hervorgehoben:

> *„Die Bürgervereine haben direkten Kontakt ins Rathaus. Wenn sich eine Gruppe zusammentut, wird sie gehört – da fehlt oft nur der Mut, sich zu zeigen.“ (IP 6)*

Fazit

Nürnberg wird als offene, strukturstarke Stadt beschrieben, die gute Voraussetzungen für Integration und Teilhabe bietet. Gleichzeitig machen die Aussagen deutlich: Die Aktivierung und Ansprache migrantischer und marginalisierter Gruppen bleibt nach Einschätzung der Befragten eine zentrale Herausforderung.

Bedeutung lokaler Integrationspolitik

Lokale Integrationspolitik ist für die Befragten ein zentrales gesellschaftliches Gestaltungsfeld, das die soziale Bindekraft, Teilhabe und demokratische Identifikation einer pluralen Stadtgesellschaft wie Nürnberg unmittelbar beeinflusst. Einzelne Aussagen aus den Interviews stellen heraus, dass kommunale Handlungsspielräume, die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie eine strategische Öffnung institutioneller Strukturen entscheidend seien, um das Potenzial von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu aktivieren und gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

1. Der Integrationsrat als lokalpolitisches Instrument

Der Integrationsrat wird als tragende Säule lokaler Integrationspolitik beschrieben. Besonders hervorgehoben wird seine Funktion als niedrigschwelliger Zugang zur politischen Partizipation für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit:

> *„Also der Integrationsrat ist für uns eine wichtige Säule […] weil man muss ja auch eins feststellen: Das deutsche System ist ja nicht einfach.“ (IP 6)*

Die beratende Rolle gegenüber Stadtrat und Verwaltung wird ebenfalls als wesentlich betrachtet:

> *„Man kann sich eben im Integrationsrat engagieren und auch da ein Mandat anstreben und somit auch in der Integrationskommission mitwirken, um auch hier wieder direkt Einfluss zu nehmen auf die Stadträtinnen und Stadträte.“ (IP 6)*

Dies ermögliche eine sichtbare Beteiligung und trage zu einer demokratischen Repräsentation in einer Stadt mit über 50 % Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei. Der Integrationsrat werde dabei als Plattform gesehen, die politische Teilhabe auch für Menschen ohne Wahlrecht eröffnet:

> *„Der Integrationsrat ist für uns ein Instrument, wo wir die Menschen einladen, mitzugestalten – auch die Stimme des Integrationsrats zu nutzen.“ (IP 6)*

2. Relevanz der Zivilgesellschaft – Anerkennung, Ressourcen, Schutz

Zivilgesellschaftliche Akteure wie Vereine, Communities und migrantischen Organisationen werden als unverzichtbar für die Umsetzung lokaler Integrationspolitik hervorgehoben. Zugleich werden Gefährdungen wie politische Beobachtung oder rechtliche Unsicherheiten benannt:

> *„Da gibt es wirklich problematische Diskussionen, dass man die politische Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisch beobachtet oder die Gemeinnützigkeit infrage stellt." (IP 3)*

Mehrere Befragte betonen die Notwendigkeit struktureller Förderung und langfristiger Ressourcen:

> *„Für den Erhalt der Demokratie ist die Zivilgesellschaft wichtig – und sie muss migrantische Teile einbeziehen und stärken." (IP 3)*

3. Interkulturelle Öffnung als institutionelles Ziel

Die Öffnung institutioneller Strukturen wird als ein Schlüssel zur gleichberechtigten Repräsentation wahrgenommen. Dies betreffe nicht nur symbolische Akte, sondern konkrete Veränderungen in Verwaltung und Politik:

> *„Wir reden immer wieder, dass Nürnberg über 50 % Menschen mit Migrationsgeschichte hat – aber man sieht sie kaum in der politischen Ebene." (IP 5)*

Einzelne Stimmen fordern eine stadtweite Willkommenskultur – auch jenseits spezialisierter Stellen:

> *„Willkommenskultur […] nicht nur im Bildungsbüro oder Interkulturbüro […] in allen Ämtern, auch in der Ausländerbehörde. Das ist praktisch das Aushängeschild der Stadt." (IP 2)*

Auch die gezielte Repräsentation durch Namen, Bilder und Ämter wird als Mittel zur Identifikation benannt:

> *„Da kommt es auch drauf an, wen sehe ich auf dem Plakat. Ist es eine Person, mit der ich mich vielleicht besser identifizieren kann als mit einem Stefan Müller?" (IP 2)*

Ein aktueller Bericht zur interkulturellen Öffnung wurde in der Integrationskommission positiv bewertet, wenngleich Luft nach oben gesehen wird:

> *„Damit man sieht, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auch an Leitungspositionen vertreten sind." (IP 5)*

4. Partizipation durch gezielte Projekte und Mentoring

Neben institutionellen Wegen werden konkrete Projekte und Programme als wichtiger Zugang zur politischen Teilhabe genannt. Bespielhaft werden Schulungen und Mentoringprogramme für Menschen mit Migrationsgeschichte genannt:

> *„Wir hatten mal ein Projekt, bei dem Frauen gezielt angesprochen wurden, die Interesse an Kommunalpolitik hatten – inklusive Schulungen, Sprachförderung und Mentoring." (IP 3)*

Solche Maßnahmen unterstützen nach Einschätzung der befragten Person Selbstwirksamkeit und politische Sprachfähigkeit. Besonders niedrigschwellige Projekte könnten ein Einstieg in die Beteiligung sein:

> *„Wenn man gefragt wird, dann denkt man: Aha, da kenne ich mich vielleicht nicht aus – und muss mich doch mal damit auseinandersetzen.“ (IP 3)*

Auch Listenaufstellungen durch Vereine oder Stammtische in migrantischen Communities werden von den Befragten als Beteiligungsform genannt:

> *„Die Beteiligung und dieser Wunsch, sich zu öffnen […] das geht bis hin zu Listenaufstellungen, damit man auch nach außen zeigt: Diese Partei oder die Institution steht für Vielfalt.“ (IP 5)*

5. Lokale Integrationspolitik als Motor für Identifikation und Demokratieerleben

Ein wiederkehrendes Motiv innerhalb der Interviews ist, dass die lokale Integrationspolitik für viele Menschen der erste Ort gelebter Demokratie sei. Die Kommune spiele dabei eine Schlüsselrolle – nicht nur in politischen Gremien, sondern im Alltag:

> *„Das ist das Aushängeschild der Stadt […] dort entscheidet sich, wie man rausgeht, ob mit oder ohne Migrationshintergrund.“ (IP 2)*

Die Möglichkeit zur Teilhabe fördere Identifikation mit dem Gemeinwesen – und wirke Politikverdrossenheit entgegen:

> *„Ich denke, Identifikationsangebote sind wichtig […] damit Migrantinnen und Migranten ihre Rolle in der Demokratie erkennen und Wirkungsmöglichkeiten sehen.“ (IP 3)*

Langfristige Bindung und demokratische Integration hängen nach Einschätzung der Interviewten eng mit Anerkennung und Mitsprache zusammen.

Fazit

Die Aussagen kommen zu folgenden Einschätzungen: Eine moderne, wirksame Integrationspolitik auf lokaler Ebene ist weit mehr als Sozialpolitik – sie ist Demokratiepolitik. Kommunen wie Nürnberg verfügen über erheblichen Handlungsspielraum, um durch strukturelle Öffnung, zivilgesellschaftliche Stärkung und echte Repräsentation den gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv mitzugestalten.

Bildungsniveau und politische Bildung (Zugangsfaktoren)

Politische Bildung und das allgemeine Bildungsniveau sind für die Befragten zentrale Zugangsfaktoren für gesellschaftliche Teilhabe und demokratisches Engagement. Der Zugang zu Information, das Verständnis demokratischer Prozesse sowie sprachliche und kulturelle Kompetenzen beeinflussen hiernach maßgeblich, wie Menschen sich in demokratische Strukturen einbringen können. Die Interviews unterstreichen die Rolle politischer Bildung als Schlüsselfaktor – gerade im Kontext von Migration, Heterogenität und Chancengleichheit.

1. Politische Bildung als Schlüssel zur Teilhabe

Ein wiederkehrendes Motiv in den Aussagen der Befragten ist die Erkenntnis, dass Demokratie kein selbstverständlicher Erfahrungsraum für alle sei – insbesondere für Menschen, die aus Ländern kommen, in denen demokratische Strukturen wenig ausgeprägt sind:

> *„Also auch eine Demokratie ist ja nicht einfach. Man muss ja das verstehen – oft kommen ja Menschen aus Ländern und aus Gebieten, da kennt man keine Demokratie." (IP 6)*

Politische Bildung müsse daher mehrdimensional verstanden werden – über reines Wissen hinaus. Sprachliche Kompetenzen, Medienzugang und Vertrautheit mit demokratischer Kultur seien entscheidend, um Hürden zu überwinden:

> *„Erst mal muss man das System schon verstehen, […] da muss man sich auch damit beschäftigen, das muss man auch oft erklären." (IP 6)*

Gerade bei jungen Menschen könne politische Bildung eine wichtige Motivation zur Mitgestaltung wecken:

> *„Ich denke, informiert sein, sich ein bisschen auskennen, zum Beispiel Unterschiede zwischen Parteien wahrnehmen […] das kann schon dazu beitragen, dass man aktiver an Wahlen teilnimmt." (IP 3)*

2. Informationslücken und unsichtbare Strukturen

Trotz vorhandener Angebote bestehen in den Augen der Befragten große Informationsdefizite. Ein genanntes Beispiel ist, dass vielen Nürnberger Bürgerinnen und Bürgern laut den Interviewten die Existenz und die Funktion des Integrationsrats nicht bekannt sei:

> *„Also oftmals wissen ja Leute, die bei uns in Nürnberg leben […] gar nicht, dass wir einen Integrationsrat haben." (IP 6)*

3. Geringe Bildung ≠ politisches Desinteresse – aber Bildung als Hebel

Die Interviewten stellen heraus: Geringes formales Bildungsniveau bedeute nicht automatisch politische Gleichgültigkeit. Vielmehr erschwere der fehlende Zugang zu Information die aktive Teilhabe:

> *„Viele meiner Freunde kommen gar nicht auf die Idee, einen Leserbrief zu schreiben, weil sie gar keine Zeitung abonniert haben." (IP 5)*

Auch der Kontakt zu politischen Institutionen – etwa Abgeordneten oder Parteien – bleibe häufig aus, weil schlicht das Wissen über Zugangswege fehle. Politische Bildung kann nach Einschätzung der Befragten genau hier ansetzen, insbesondere in Jugendhäusern, Vereinen und schulischen Kontexten.

Fazit

Politische Teilhabe setzt für die Befragten Wissen, Verstehen und Erleben voraus. In einer pluralen Stadtgesellschaft wie Nürnberg dürfe politische Bildung nicht als Folgeaspekt betrachtet werden, sondern müsse als zentrales Element lokaler Integrationspolitik verstanden werden. Ein Handlungsimpuls, der sich aus den Interviews ergibt, ist: Mit gezielten, respektvollen und inklusiven

Bildungsangeboten lasse sich das politische Potenzial der Stadtgesellschaft aktivieren – unabhängig vom formalen Bildungsgrad.

Vertrauen in das politische System

1. Ambivalente Wahrnehmung: Zwischen Vertrauen und Skepsis

Das Vertrauen in das politische System unter Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nehmen die Befragten als ambivalent wahr: Einerseits werden positive Erfahrungen mit kommunaler Politik und individueller Anerkennung beschrieben. Andererseits bestehe Skepsis, Enttäuschung oder politische Apathie – insbesondere als Folge von Erfahrungen mit autoritären Regimen oder strukturellen Barrieren:

> *„Manche Leute sind alarmiert und beteiligen sich, andere haben durch ihre Herkunft oder Erfahrung ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber politischen Systemen."* *(IP 3)*

> *„Ich beobachte zum Teil auch politische Apathie in dem Sinne, dass die Leute sagen: ‚Ich traue keiner Partei mehr. Niemand mehr vertritt meine Positionen.'"* *(IP 3)*

Einzelne Stimmen machen zudem deutlich, dass negative politische Prägungen oder ein Gefühl des Abgehängtseins das Vertrauen zusätzlich untergraben können:

> *„Dass man Zweifel hegt – was ist das jetzt für eine Demokratie? Ich kriege gar nichts mit, ich bin abgehängt vom System."* *(IP 6)*

2. Kommunalpolitik als Chance für Vertrauensbildung

Im Vergleich zu Landes- oder Bundespolitik wird die Kommunalpolitik von den Interviewten als nahbarer, pragmatischer und bürgernäher erlebt. Diese Nähe kann ihrer Einschätzung nach Vertrauen fördern – vor allem, wenn politische Arbeit sichtbar wird:

> *„In der Kommunalpolitik – nennen Sie mich Idealist – […] da macht es wenig Unterschied, wo man herkommt. Es zählt, wie man mit Menschen umgeht."* *(IP 4)*

> *„Und das zeigt mir auch, wenn man vor Ort ist, wenn man engagiert ist, wenn man Volksvertretung macht, also sich für die Anliegen der Bürger einsetzt, dann honorieren das Menschen."* *(IP 4)*

Vereinzelnd werden konkrete Erlebnisse beschrieben, bei denen Engagement zu spürbaren Erfolgen geführt hat – etwa bei Infrastruktur, Stadtentwicklung oder Sportförderung. Diese positiven Erfahrungen stärkten das Vertrauen der Befragten:

> *„Die Dinge, die ich mit auf den Weg bringen durfte – die Königstraße, die Radwege oder die größte Erhöhung der Sportfördermittel seit Jahrzehnten – habe ich nie allein gemacht, sondern immer gemeinsam mit Mitstreitern."* *(IP 4)*

3. Angst, Rückzug und Anfeindungen als demokratiegefährdende Faktoren

Zunehmende gesellschaftliche Polarisierung, Rassismus und digitale Anfeindungen können laut den interviewten Personen auch bei engagierten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu Unsicherheit und Rückzug führen:

„Ich beobachte, dass Ängste wachsen […] dass politische Betätigung zum Teil mit Anfeindungen verbunden ist.“ (IP 3)

„Einmal, dass die Leute sich ein bisschen zurückziehen und sagen: ‚Okay, das ist alles zu gefährlich, zu heiß. Ich will damit nichts zu tun haben.‘“ (IP 3)

Diese Rückzugsbewegungen können ihrer Einschätzung nach auch zur politischen Radikalisierung beitragen – etwa dann, wenn berechtigte Anliegen nicht gehört oder anerkannt werden:

„Ich sehe auch eine Problematik, weil solche Tendenzen zur Radikalisierung führen können. Menschen werden zur leichten Beute zweifelhafter Gruppierungen.“ (IP 3)

4. Politische Sozialisation und Herkunft als Einflussfaktor

Das Vertrauen in demokratische Prozesse wird als ein Ergebnis der politischen Sozialisation beschrieben. Wer autoritäre Regime oder ein repressives Parteiensystem erlebt hat, bringt nach Erfahrung der Befragten häufig Skepsis mit:

„Viele Menschen stammen aus Ländern, in denen es keine echte Demokratie gab – da fehlt das Vertrauen.“ (IP 6)

Zudem beschreiben die Befragten, dass Erfahrungen aus der eigenen Biografie oder aus kollektiven historischen Zusammenhängen nachwirken können:

„Es gab ja in Europa viele Länder, die noch vor wenigen Jahren autoritär regiert wurden. Das hinterlässt Spuren – zum Beispiel auch Angst, sich parteipolitisch zu engagieren.“ (IP 6)

Fazit

Zusammenfassend kommen die Befragten zu folgenden Einschätzungen: Das Vertrauen in das politische System unter Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sei kein Automatismus – es entstehe aus persönlicher Erfahrung, gesellschaftlichem Klima und gelebter Teilhabe. Kommunale Strukturen wie in Nürnberg können dieses Vertrauen stärken – wenn sie sichtbar, offen und dialogorientiert arbeiten. Gleichzeitig bleibe der Vertrauensaufbau eine kontinuierliche Aufgabe, insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Verunsicherung und zunehmender Polarisierung.

Vergleiche mit anderen Städten und Bundesländern

Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass Städte in ihrer Integrations- und Repräsentationspolitik sehr unterschiedlich aufgestellt sind. Nürnberg wird von den Befragten im Bereich lokaler Integrationspolitik und Teilhabestrukturen in einer vergleichsweise starken Position gesehen – insbesondere im Vergleich zur Landes- und Bundesebene sowie zu anderen Kommunen.

1. Starke kommunale Repräsentanz im Vergleich zur Landes- und Bundespolitik

Die politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist aus Sicht von einzelnen Interviewten auf kommunaler Ebene sichtbarer und besser etabliert als auf höheren politischen Ebenen. Besonders kritisch wird dabei die Landespolitik beurteilt:

„Ich denke auch, dass wenn man sich das anschaut, die politische Repräsentanz in den Kommunen zum Teil besser ist als auf Landes- und Bundesebene. Landesebene ist[…] ganz katastrophal – zum Teil – und Bundesebene auch.“ (IP 3)

Darin wird ein zentrales Spannungsfeld gesehen: Während vor Ort teilweise bereits Strukturen bestehen, fehlen vergleichbare Entwicklungen auf höheren Ebenen.

2. Nürnbergs Vorreiterrolle

Es wird hervorgehoben, dass Nürnberg eine Vorreiterrolle bei der strukturellen Verankerung von Teilhabe und Repräsentation eingenommen habe – sowohl historisch als auch in Bezug auf aktuelle Projekte:

„Nürnberg gehört zu Städten, die da sehr früh, muss man sagen, Schritte gemacht haben. Wenn man bedenkt, dass Nürnberg eine der ersten Beiräte bundesweit hatte.“ (IP 3)

„Ich finde, dass die Stadtverwaltung da an den Themen, die mit Migration zu tun haben, seit Jahren sehr gute Arbeit leistet. Die Projekte, die da laufen […] ich kenne viele der Aktivitäten, die jetzt in Nürnberg stattfinden, aus anderen Städten nicht.“ (IP 3)

Besonders hervorgehoben wird, dass die Stadt kontinuierlich Strukturen zur Integration aufgebaut habe, was Nürnberg im bundesweiten Vergleich positiv dastehen lasse.

3. Herausforderungen bleiben – auch in Nürnberg

Trotz dieser positiven Einschätzungen bleibe auch in Nürnberg die strukturelle Repräsentation hinter der demografischen Realität zurück. So fehlen nach Einschätzung der Befragten etwa valide Vergleichszahlen über die Entwicklung der Repräsentanz migrantischer Stimmen im Stadtrat über die Jahre hinweg:

„Ich denke auch, die Präsenz der Migrantinnen und Migranten in dem Nürnberger Stadtrat – ich weiß nicht, ob das im Vergleich zu früheren Perioden gesunken oder gestiegen ist. Da habe ich keine statistischen Zahlen. Aber das ist, glaube ich, nicht so ganz schlecht im Vergleich zu manchen anderen Städten.“ (IP 3)

Die Befragten kommen zu folgender Einschätzung: Auch in Nürnberg sind die bestehenden Strukturen ausbaufähig – es bleibt die Herausforderung, Vielfalt nicht nur symbolisch zu repräsentieren, sondern auch strukturell zu verankern.

Fazit

Die Befragten stellen heraus, dass die kommunale Integrationspolitik – insbesondere in Nürnberg – häufig innovativer, näher an der Lebensrealität der Menschen und sichtbarer als die Politik auf Landes- oder Bundesebene sei. Die Stadt Nürnberg biete Beteiligungsformate, institutionelle Öffnung und praktische Integrationsarbeit, wie sie in vielen anderen Städten noch nicht umgesetzt werde.

Einfluss von Medien und sozialen Netzwerken

Die Befragten stellen heraus, dass in einer zunehmend digitalen Gesellschaft soziale Medien und Online-Plattformen zu zentralen Informations- und Beteiligungskanälen geworden seien – auch und gerade für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Einzelne Interviewaussagen machen deutlich,

dass diese Kanäle sowohl Chancen als auch Risiken für politische Bildung, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt bergen würden.

1. Reichweite und Relevanz sozialer Netzwerke

Dir Befragten beschreiben, dass für viele Menschen – unabhängig von Herkunft – soziale Medien heute eine dominierende Rolle bei der Informationsbeschaffung spielen. Klassische Nachrichtenformate wie Printmedien oder Fernsehen würden dabei zunehmend in den Hintergrund treten:

> *„Ja, da würde ich sagen, wie bei den Einheimischen: ein kleiner Teil über Printmedien – Zeitung und Fernsehen […], aber ein großer Teil über die sozialen Medien." (IP 5)*

> *„Aber das haben inzwischen fast eine Million Menschen gesehen. Ist auch ein Erfolg. Ist toll […] Stichwort Social Media. Aber es gibt halt nicht nur 15.000 Likes, sondern auch fast 10.000 Kommentare." (IP 4)*

Formate wie Instagram, TikTok oder YouTube wirkten dabei nicht nur als Kanäle der Unterhaltung, sondern würden zu politischen Bühnen und Informationsräumen, die Zielgruppen direkter und emotionaler ansprechen.

2. Muttersprache als Zugang – soziale Medien als Brücke

Besonders für Menschen mit wenig Deutschkenntnis bieten laut den Interviewten soziale Netzwerke eine niedrigschwellige Möglichkeit, gesellschaftliche und politische Informationen zu rezipieren – oft in der eigenen Muttersprache:

> *„Die Rolle der sozialen Netzwerke wächst, weil sie zum Teil sprachliche Barrieren überwinden. Ich beobachte, dass manche Inhalte sehr schnell in den Muttersprachen kommuniziert werden. Dadurch haben auch Leute, die nicht gut Deutsch sprechen oder keine deutschen Zeitungen lesen, Zugang zu Informationen." (IP 3)*

> *„Wenn es auf meiner Muttersprache erklärt wird, nehme ich das schnell auf und kann damit auch was anfangen." (IP 5)*

Diese kulturelle Nähe schaffe einen Zugang, könne aber gleichzeitig zu Abschottungstendenzen führen, wenn Informationsräume kaum noch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen geteilt werden.

3. Risiken: Echokammern und Desinformation

Neben positiven Effekten wurden auch problematische Entwicklungen benannt. Einzelne Interviewte beobachten, dass Filterblasen, populistische Narrative und zweifelhafte Quellen in sozialen Medien zunehmen – gerade auf Plattformen mit hoher Reichweite unter jungen Menschen:

> *„Da wachsen natürlich auch diese allgemeinen Entwicklungen, die die Leute dann in Blasen halten. Oder sie bekommen Informationen durch zweifelhafte Quellen – das ist auch gewachsen." (IP 3)*

Solche Dynamiken können laut den Befragten politische Polarisierung fördern und die Anschlussfähigkeit an seriöse, demokratische Diskurse untergraben.

4. Reaktion der Stadt – digitale Präsenz und Angebote

Die Stadt Nürnberg reagiere proaktiv auf diese Entwicklungen. Laut einer befragten Person ist Nürnberg digital gut aufgestellt:

> *„Ich denke, dass wir auf Social Media gut vertreten sind – weil natürlich auch viele Zugewanderte technisch gut versiert sind. Die Stadt ist digital auf allen Kanälen präsent: Instagram, Telegram, Facebook, YouTube. Man kann sie dort wahrnehmen – und ich hoffe, man macht da gerne mit." (IP 6)*

Diese digitale Sichtbarkeit solle nicht nur über kommunalpolitische Themen informieren, sondern auch zur Beteiligung einladen, Gegenöffentlichkeiten stärken und direkte Kommunikationswege öffnen.

Fazit

Soziale Medien werden von den Befragten als entscheidende Kanäle gesellschaftlicher Teilhabe – insbesondere für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gesehen. Sie überbrücken ihrer Ansicht nach Sprachbarrieren, schaffen neue Öffentlichkeiten und ermöglichen niedrigschwellige politische Bildung. Gleichzeitig bestehe die Herausforderung, digitale Medienkompetenz zu stärken, kritisches Denken zu fördern und Desinformation aktiv entgegenzuwirken.

Zusammenfassung der gesellschaftlichen Faktoren

Die Befragten kommen zu der Einschätzung, dass die gesellschaftlichen Einflussfaktoren auf politische Teilhabe komplex sind – und sie oft widersprüchlich wirken. Vertrauen müsse aufgebaut, Repräsentanz sichtbar gemacht und gesellschaftliche Kommunikation aktiv gestaltet werden. Nürnberg werde in vielen Aussagen als Stadt mit vergleichsweise guter Infrastruktur, engagierter Verwaltung und mutigen Initiativen wahrgenommen. Dennoch sehen die Befragten auch, dass politische Apathie, Angst vor Anfeindung und mangelnde Sichtbarkeit migrantischer Stimmen als Herausforderung auftreten – gerade in einer zunehmend polarisierten Medienlandschaft. Um Teilhabe nachhaltig zu stärken, brauche es eine konsequente Öffnung politischer Räume, gesamtgesellschaftliche Anerkennung und eine digitale Strategie, die Zugang mit Verantwortung verbindet.

Politische Faktoren

Politische Teilhabe ist ein zentrales Element demokratischer Gesellschaften – doch sie entsteht nicht von allein. Die Aussagen der Interviewten zeigen deutlich: Es braucht gezielte politische Bildungsangebote, sichtbare Beteiligungsformate und strukturelle Offenheit, um insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte wirksam einzubeziehen. In Nürnberg gibt es hierzu bereits wichtige Ansätze, doch auch Best-Practice-Beispiele aus anderen Städten und bundesweiten Programmen verdeutlichen, wie Teilhabe gefördert und demokratische Strukturen gestärkt werden können.

Politische Bildung und Aufklärungsarbeit

Demokratie ist kein Selbstläufer – das betonen die interviewten Personen in ihrer Analyse der gegenwärtigen politischen Herausforderungen. Politische Bildung und Aufklärungsarbeit werden als zentrale Stellschrauben benannt, um eine inklusive, widerstandsfähige und zukunftsfähige Demokratie in einer vielfältigen Stadt wie Nürnberg zu gestalten. Dabei fordern die Befragten nicht nur Information über politische Prozesse, sondern auch gezielte Ansprache, Aktivierung und Empowerment bislang unterrepräsentierter Gruppen, insbesondere von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. So formuliert eine interviewte Person:

„Auch eine Demokratie ist ja nicht einfach. Man muss das verstehen […] oft kommen ja Menschen aus Ländern und aus Gebieten, da kennt man keine Demokratie.“ (IP 6)

1. Politische Bildung als Fundament für demokratische Teilhabe

Ein zentrales Thema für die Interviewten stellt der Zusammenhang zwischen politischer Bildung und demokratischer Beteiligung dar. In den Interviews wird hervorgehoben, dass das politische System – insbesondere die föderale Struktur Deutschlands – für neu Zugewanderte schwer verständlich sei:

„Ich habe zwei, drei Jahre gebraucht, um das politische System zu verstehen.“ (IP 5)

„Ich habe Anträge im Stadtrat gestellt, bekam aber oft zur Antwort: ‚Dafür sind wir nicht zuständig – das ist Bund oder Land.‘“ (IP 5)

„Ich denke, es spielt auch eine große Rolle, dass wir erklären, welche Parteien es gibt und was sie vertreten.“ (IP 6)

2. Demokratische Kompetenz durch praktische Zugänge – Formate der Aufklärung

Politische Bildung muss nicht nur theoretisch, sondern praktisch und alltagsnah stattfinden. In den Interviews wird betont, wie wichtig niederschwellige Begegnungsformate sind:

„Das Format ‚Lass uns reden‘ […], damit wir in den Stadtteilen mit den Menschen direkt ins Gespräch kommen.“ (IP 6)

„Wir waren in Wohnheimen, Wohngruppen, bei verschiedenen Kulturvereinen […] und haben mit Menschen gesprochen.“ (IP 5)

„Ich finde es wichtig, dass wir ansprechbar sind, dass man den Oberbürgermeister, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die berufsmäßigen Stadträte auch draußen, egal wo, auch ansprechen kann.“ (IP 6)

3. Empowerment und Ansprache unterrepräsentierter Gruppen

Politische Bildung ist im Verständnis der Befragten nicht nur eine Hol-, sondern auch eine Bringschuld. In ihrer Wahrnehmung wissen viele Menschen nicht, wie sie sich politisch einbringen können:

„Man darf nicht warten, bis sie kommen – wir müssen zu ihnen gehen.“ (IP 4)

„Empowerment heißt, nicht nur erklären, sondern Zutrauen schaffen und Brücken bauen.“ (IP 4)

4. Schulen als Schlüsselorte demokratischer Bildung

Eine interviewte Person hebt die besondere Rolle von Schulen hervor, warnt aber auch vor verpassten Chancen:

„Ich finde, in Schulen ist Demokratie immer noch zu wenig erlebbar – besonders für Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte. Wenn wir Rassismuserfahrungen nicht ernst nehmen und die Betroffenen alleinlassen, fehlt die Grundlage für Identifikation und Motivation zur Teilhabe. Dabei sind die Schulen genau der Ort, an dem wir eine gute Basis schaffen könnten, damit Kinder sich als Teil der Gesellschaft fühlen.“ (IP 3)

5. Politische Bildung als Antwort auf demokratiefeindliche Tendenzen

Einige interviewte Personen nehmen eine wachsende Demokratieverdrossenheit – sowohl bei Zugewanderten als auch in der Gesamtbevölkerung – wahr:

> *„Ich denke, es braucht Identifikationsangebote für Migrantinnen und Migranten – dass sie sich mit diesem Land, der Politik und der Demokratie identifizieren können, ihre Rolle und Wirkungsmöglichkeiten erkennen. Und ich finde, das gilt nicht nur für Migrantinnen und Migranten. Insgesamt müssen wir noch viel in politische Bildung und Demokratieförderung investieren, weil das Misstrauen gegenüber dem demokratischen System wächst – bei Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Da müssen wir mit Angeboten gegensteuern." (IP 3)*

Politische Bildung kann ihrer Einschätzung nach ein Gegengewicht setzen – durch Wissensvermittlung, Identifikationsangebote und klare Haltung gegen pauschalisierende Aussagen.

Fazit

Politische Bildung wird als ein zentrales Element einer lebendigen und inklusiven Demokratie wahrgenommen – nicht nur als reine Wissensvermittlung, sondern als aktiver Prozess der Beteiligung und Ermutigung. Die Interviews zeigen: In Nürnberg gibt es bereits vielfältige Formate und Ansätze, die weiter gestärkt und ausgebaut werden sollten. Entscheidend ist dabei, dass politische Teilhabe nicht vom Bildungsstand oder den Sprachkenntnissen abhängen darf – sie muss aktiv und niedrigschwellig ermöglicht werden.

Erfolgreiche Maßnahmen oder ähnliches ggf. aus anderen Städten

Politische Teilhabe und demokratische Integration entstehen nicht zufällig, sondern dort, wo gezielte Zugänge, Bildung und konkrete Beteiligungschancen geschaffen werden. Die Interviews zeigen: Es gibt bereits eine Reihe bewährter Maßnahmen – sowohl in Nürnberg als auch in anderen Städten – die politische Mitwirkung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nachhaltig stärken können. Dazu gehören institutionalisierte Programme, zivilgesellschaftliche Initiativen, partizipative Formate und Empowerment-Ansätze.

1. Modellhafte Programme und Formate – über Nürnberg hinaus

Verschiedene bundes- und landesweite Programme werden in den Interviews als Best-Practice-Beispiele genannt:

> *„Zum Beispiel Young Up war explizit für Bayern, weil die haben gemerkt: In Bayern fehlt es wirklich." (IP 5)*

> *„Auch Brand New Bundestag – die arbeiten überparteilich und geben Menschen eine Chance." (IP 5)*

> *„Von BZI, also Bundeszentrale für Zuwanderungs- und Integrationsrat, gab es die Politische Akademie für Vielfalt – das war ein sehr gutes Angebot." (IP 5)*

Diese Programme fördern nach Einschätzung der Befragten frühzeitige politische Orientierung, Vernetzung, Mentoring und den Zugang zu politischen Institutionen – insbesondere für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

2. Erfolgreiche Praxisbeispiele aus Nürnberg

Auch Nürnberg selbst verfügt über bewährte Beteiligungsformate:

> *„Ich finde, dass wir das Thema Jugendpartizipation sehr gut machen. Das Projekt ‚Laut' funktioniert super." (IP 4)*

> *„‚Lass uns reden' ist ein neues Format aus dem Rathaus […] wir gehen damit direkt in die Stadtteile." (IP 6)*

> *„Ich habe ‚We Integrate' mitgegründet […] wir haben aktiv Menschen angesprochen, sind in Wohnheime, Kulturvereine und Wohngruppen gegangen und haben dann eine eigene Liste für den Integrationsrat aufgestellt." (IP 5)*

> *„Im Integrationsrat versuchen wir, alles auf mehreren Sprachen anzubieten […] das wirkt. Die Menschen werden dadurch aktiver." (IP 5)*

Diese Formate zeigen, wie niedrigschwellige Zugänge, Dialog auf Augenhöhe und Mehrsprachigkeit politische Beteiligung direkt ermöglichen.

3. Empowerment, gezielte Ansprache und Mentoring

Gezielte Förderung einzelner Personen und unterrepräsentierter Gruppen ist für einige Interviewte ein zentraler Erfolgsfaktor:

> *„Wir hatten ein Projekt, bei dem wir gezielt Frauen angesprochen haben, die Interesse an Politik hatten […] mit Schulungen, Rhetoriktrainings und Mentoring." (IP 3)*

> *„Meine feste Überzeugung ist: Auch Quoten können helfen […] ohne Frauenquote hätten wir heute kein Drittel Frauen im Parlament." (IP 4)*

Mentoring-Modelle und strukturverändernde Maßnahmen wie Vielfaltsquoten werden als wirksame Instrumente gesehen, um politische Räume dauerhaft inklusiver zu gestalten.

4. Erfolgsindikator Einbürgerung – ein Schritt zur politischen Mitbestimmung

Ein deutlicher Zuwachs an Einbürgerungen wird als positive Entwicklung hervorgehoben:

> *„Wir hatten früher 700 bis 900 Einbürgerungen im Jahr […] jetzt sind es über 2.200. Mit deutschem Pass können diese Menschen auch mitwählen […] das ist ein wichtiger Schritt." (IP6)*

Die Staatsbürgerschaft stellt für die Befragten ein Schlüsselmoment politischer Gleichberechtigung dar - nicht nur symbolisch, sondern mit ganz konkreten Rechten.

5. Erfolgsfaktor: Starke Zivilgesellschaft

Neben institutionellen Maßnahmen wird auch das zivilgesellschaftliche Engagement als tragende Säule beschrieben:

> *„Bamberg hat auch eine starke Zivilgesellschaft […] da läuft zivilgesellschaftlich sehr viel." (IP 3)*

Wo gesellschaftliche Teilhabe gelebt wird, wächst laut den Befragten auch die Bereitschaft zur politischen Beteiligung.

Zusammenfassung der politischen Faktoren

Zusammengefasst kommen die Befragten in den Interviews zu folgenden Einschätzungen in Bezug auf die politischen Faktoren: Ob in Nürnberg, Bamberg oder im Rahmen bundesweiter Programme – die Beispiele machen, dass politische Teilhabe durch gezielte Maßnahmen nachhaltig gestärkt werden kann. Besonders wirkungsvoll zeigen sich den Befragten zufolge niedrigschwellige Beteiligungsformate vor Ort, die direkte und unkomplizierte Mitwirkung ermöglichen. Ergänzend dazu spielen ihrer Einschätzung nach individuelle Förderangebote – etwa in Form von Schulungen, Mentoring oder Empowerment-Programmen – eine wichtige Rolle. Auch institutionalisierte Programme mit professioneller Begleitung könnten einen zentralen Beitrag leisten. Darüber hinaus wirke sich eine aktive migrantische Selbstorganisation sowie ein starkes zivilgesellschaftliches Netzwerk förderlich auf politische Mitgestaltung aus. Schließlich trage auch die strukturelle Öffnung politischer Räume – etwa durch Mehrsprachigkeit oder die Einführung von Quotenregelungen – dazu bei, mehr Vielfalt in Entscheidungsprozesse zu bringen.

Fazit und Empfehlung aus den Ergebnissen der 3. Forschungsgruppe

Die Auswertung der qualitativen Interviews im Rahmen von „Nürnberg forscht“ mit Expertinnen und Experten aus Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung zeigt: Politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist ein zentraler Indikator für demokratische Gerechtigkeit, gesellschaftliche Integration und zukunftsfähige Kommunalpolitik. Trotz positiver Entwicklungen in Nürnberg – insbesondere auf kommunaler Ebene – bestehen weiterhin strukturelle, rechtliche und soziale Barrieren, die eine gleichberechtigte Mitgestaltung erschweren.

Lokale Integrationspolitik, zivilgesellschaftliches Engagement und politische Bildung sind dabei entscheidende Hebel zur Verbesserung der Situation. Integrationsräte, migrantische Organisationen und Empowerment-Programme leisten wertvolle Beiträge zur Demokratisierung kommunaler Strukturen. Die Ergebnisse der Studie legen nahe: Symbolische Repräsentation oder punktuelle Fördermaßnahmen sind allein nur begrenzt wirksam. Vielmehr braucht es eine stärkere strukturelle Offenheit in Parteien, Verwaltungen und Bildungsinstitutionen – sowie gezielte Ansprache, eine angemessene Ressourcenverteilung und transparente Verfahren.

Der Zugang zu politischer Teilhabe ist aktuell noch zu stark vom individuellen sozialen Kapital, der Sprachkompetenz oder dem informellen Netzwerk der Menschen abhängig. Die Ergebnisse der Citizen Science Studie liefern Hinweise darauf, dass Teilhabe erleichtert und gestärkt werden kann, wenn Barrieren abgebaut und Zugänge für alle Menschen – unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus – offenstehen.

Empfehlungen für die kommunale Praxis in Nürnberg

Auf Basis der Analyse ergeben sich verschiedene Handlungsimpulse, die zur Stärkung politischer Teilhabe auf kommunaler Ebene beitragen können. Politische Bildung sollte in Nürnberg weiter gestärkt und auch jenseits formaler Bildungswege zugänglich gemacht werden, um eine breitere gesellschaftliche Zielgruppe zu erreichen. Zugleich erscheint es wichtig, strukturelle Barrieren abzubauen – beispielsweise durch mehrsprachige Informationsangebote, leicht zugängliche Beteiligungsformate und diskriminierungssensible Verfahren.

Vielfalt in politischen Strukturen lässt sich fördern, indem unterrepräsentierte Gruppen durch Quotenregelungen, Mentoringprogramme und eine Öffnung parteipolitischer Strukturen gezielt

unterstützt werden. Ein weiterer Baustein liegt in der finanziellen und institutionellen Stärkung der Selbstorganisation migrantischer Gruppen, um deren nachhaltige Teilhabe zu sichern. Die Weiterentwicklung kommunaler Beteiligungsformate – sowohl digital als auch analog, alltagsnah und aufsuchend – wird als zentral betrachtet, um eine breitere Einbindung von Menschen in Entscheidungsprozesse zu ermöglichen. Begleitend dazu werden gezielte Informations- und Aktivierungskampagnen empfohlen.

4. Potenziale von Citizen Science für Forschung, Verwaltung und Stadtgesellschaft

Die im Projekt „Nürnberg forscht“ gewonnenen Erfahrungen verdeutlichen exemplarisch, das Potenzial von Citizen Science für sozialwissenschaftliche Untersuchungen – insbesondere in den Bereichen Migration, Teilhabe und Integration. Die aktive Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern mit Zuwanderungsgeschichte ermöglicht eine Form der Forschung, die über die reine Datenerhebung hinausgeht, gesellschaftliche Lebensrealitäten sichtbar macht und deren Relevanz anerkennt.

Im Verlauf des Projekts „Nürnberg forscht“ zeigten sich Hinweise darauf, dass der partizipative Ansatz neue Perspektiven in die Diskussion über Integrationspolitik einbringen kann. In einzelnen Fällen wurde deutlich, dass dadurch bestehende kommunale Prozesse als zugänglicher wahrgenommen wurden und das Vertrauen in diese gestärkt werden konnte. Darüber hinaus deuten die Erfahrungen darauf hin, dass eine datenbasierte Weiterentwicklung von Maßnahmen – orientiert an der Lebensrealität der Beteiligten – angestoßen wurde. Das Projekt eröffnete zudem erste Anknüpfungspunkte, um Dialogformate weiterzuentwickeln und institutionelle Strukturen stärker im Sinne einer diversitätssensiblen Verwaltungspraxis zu reflektieren.

Auch auf Seiten der Teilnehmenden wurden positive Wirkungen beobachtet. So berichteten Viele von einem Zugewinn an Kompetenzen, einem gestärkten Gefühl von Selbstwirksamkeit sowie einer Erfahrung gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Relevanz ihrer Perspektiven.

Insgesamt legen die bisherigen Projekterfahrungen nahe, dass Citizen Science nicht nur als methodischer Zugang betrachtet werden sollte. Vielmehr zeigt sich darin ein demokratiefördernder Impuls, der Forschung und gesellschaftliche Teilhabe stärker miteinander verzahnt. Für kommunale Verwaltungsstrukturen kann dieser Ansatz relevante Impulse liefern, um Inklusion, Transparenz und Bürgernähe weiterzudenken.

Literaturverzeichnis

Bergmann, Henning; Çelik, Gözde; Wüst, Andreas (2024): REPCHANCE – Bausteine einer chancengerechten politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte, Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart.

BIZ (Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat) (2021): Politik Akademie der Vielfalt Aktiv für eine vielfältige Demokratie (PAdV): Politik Akademie der Vielfalt Aktiv für eine vielfältige Demokratie (PAdV) – Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) (abgerufen am 01.07.2025).

BIZ (Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat) (2022): YoungUP!: YoungUp! – Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) (abgerufen am 01.07.2025).

Bonney, Rick; Cooper, Caren B.; Dickinson, Janis; Kelling, Steve; Phillips, Tina; Rosenberg, Kenneth V., Shirk, Jennifer (2009): Citizen Science: A Developing Tool for Expanding Science Knowledge and Scientific Literacy, BioScience, Volume 59, Issue 11, Pages 977 – 984: https://doi.org/10.1525/bio.2009.59.11.9 (abgerufen am 01.07.2025).

Caballero, Luis; Diehl, Stefan (2020): Politische Partizipation und Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Eine Untersuchung von kommunalpolitisch Handelnden, Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), 1. Auflage, Mainz.

Dege, Yonca; Nicke, Sascha (2022): Wer kann mitmachen? Ein Forschungsprojekt zu Hürden von politischer Beteiligung für Menschen mit Migrationsgeschichten, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.), Wissenschaft Demokratie, Tagungsband zur Online-Fachtagung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus“, Band 11, Jena.

Diehl, Claudia; Urban, Julia (1998): Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Digitale Bibliothek: Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland / Claudia Diehl ; Julia Urbahn. - [Electronic ed.]. - Bonn, 1998. - 61 S. = 215 Kb; Text . - (Gesprächskreis Arbeit und Soziales). - ISBN 3-86077-722-X (abgerufen am 01.07.2025).

European Commission (01.04.2025): Migration integration: Migrant integration hub - European Commission (abgerufen am 01.07.25).

Hippler, Susann (2021): Social Citizen Science – Ein OER-Handbuch zum Selbstlernen, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg: Social Citizen Science OER (abgerufen am 01.07.2025).

Kuckartz, Udo; Rädiker, Stefan (2024): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher Intelligenz, Beltz, 6. Auflage, Weinheim, Basel.

SVR-Forschungsbereich (Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration) (2020): Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Berlin.

SVR-Bericht (2024): Integrationsklima 2024: Leichte Abschwächung des positiven Trends. SVR-Integrationsbarometer 2024. SVR-Bericht 2024-1, Berlin.

van Deth, Jan W. (2001): Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge?, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hg.): Politische Partizipation in der

Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen, S. 195-219.

van Deth, Jan W. (2016): Wer partizipiert (nicht) in der Politik?, in: van Deth, Jan W. (Hrsg.): Demokratie in der Großstadt. Ergebnisse des ersten Mannheimer Demokratie Audit, Wiesbaden, S. 129-151.

Vierus, Paul; Ziller, Conrad; Marx, Nicole (2022): Grenzen politischer Repräsentation: Determinanten der Wahlbeteiligung bei Integrationsratswahlen in Nordrhein-Westfalen, KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 74 (4), S. 525-551.

Wallis, Emma (17.09.2018): How migrants and refugees participate in German politics - even if they can't vote: https://www.infomigrants.net/en/post/12048/how-migrants-and-refugees-participate-in-german-politics--even-if-they-cant-vote (abgerufen am 01.07.2025).

Wilmes, Bernhard (14.05.2018): Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten, Bundeszentrale für politische Bildung: Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten | Dossier Migration | bpb.de (abgerufen am 01.07.2025).

Anhang

Anhang 1: Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Aufbau einer Forschungseinheit 4
Abbildung 2: Schaubild der wichtigsten Ergebnisse aus der zweiten Forschungsgruppe 6
Abbildung 3: Übersicht der Partizipation bei Datenerhebung und -auswertung 7
Abbildung 4: Übersicht der Partizipation bei Datenerhebung und -auswertung 8
Abbildung 5: Übersicht der Partizipation bei Datenerhebung und -auswertung 13
Abbildung 6: Engagement außerhalb von Wahlen, N = 111 29
Abbildung 7: Mitgliedschaften in Organisationen, Parteien Vereinen, o.ä., in Prozent, N = 109 29
Abbildung 8: Was erschwert Ihnen die Teilnahme an Wahlen oder anderen politischen Aktivitäten (Demonstrationen, Petitionen, Bürgerinitiativen, Gemeinde-/Vereinsarbeit, o.ä.) in Nürnberg? (Mehrfachantworten möglich) 30
Abbildung 9: Generelles Interesse an Politik oder politischen Themen, N = 123 30
Abbildung 10: Kenntnis über unterstützende Angebote, N = 87 33
Abbildung 11: Haben Sie das Gefühl, dass die Stadträtinnen und Stadträte in Nürnberg Ihre Interessen ausreichend vertreten? N = 64 38
Abbildung 12: Wahl des Integrationsrates, N = 119 46

Tabelle 1: Modell zu den Graden der Beteiligung in Citizen Science 5
Tabelle 2: Forschungsetappen 11
Tabelle 3: Übersicht über die quantitative und qualitative Datenerhebung und Auswertung 12
Tabelle 5: Wahlbeteiligung bei den letzten Bundestags-, EU und Kommunalwahlen 31

Anhang 2

1. Qualitative Analyse: Codiersystem

Hauptcodes

1	Individuelle Faktoren	*Subcodes*	*Subcodes*	*Subcodes*
1.	Weg in die Politik & Motivation	Persönliche Erlebnisse und Hintergründe	Vorbilder	Rolle der eigenen Zuwanderungsgeschichte
1.2	Erfahrungen & Ziele im Amt	Erste politische Erfahrungen	Herausforderungen im politischen Alltag	Ziele und gewünschte Veränderungen
1.3	Botschaft an zukünftige Engagierte	Ratschläge	Ermutigende oder abschreckende Erfahrungen	Bedeutung von Netzwerken, Sprache, Diskriminierung, Einstellung o.ä.
2	**Strukturelle Faktoren**			
2.1	Schwierigkeiten & Maßnahmen zur Förderung der Teilhabe	Zugang zu Parteien und politischen Ämtern	Bürokratische und rechtliche Hürden oder Diskriminierung aufgrund von Sprache und Herkunft o.ä.	Unterstützungsmaßnahmen
2.2	Wahlrecht & Wahlverhalten	Auswirkungen des Wahlrechts auf die politische Partizipation	Unterschiede zwischen verschiedenen Migrationsgruppen	Politische Präferenzen und Engagement außerhalb von Wahlen
2.3	Politische Repräsentanz	Anteil von Politikerinnen und Politikern mit Migrationsgeschichte	Wahrnehmung von Vielfalt in politischen Strukturen	Rolle von migrantischen Organisationen in der Politik
3	**Gesellschaftliche Faktoren**			
3.1	Allgemeine Einschätzung zur politischen Teilhabe (Fokus: Nürnberg)	Besondere Herausforderungen oder Chancen in Nürnberg	Bedeutung lokaler Integrationspolitik	Vergleich mit anderen Städten oder Bundesländern
3.2	Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung	Bildungsniveau und politische Bildung (Zugangsfaktoren)	Vertrauen in das politische System	Einfluss von Medien und sozialen Netzwerken
4	**Politische Faktoren**			
4.1	Maßnahmen zur Förderung der politischen Teilhabe	Erfolgreiche Maßnahmen und Beispiele aus anderen Städten	Rolle von Integrationsräten, Vereinen und migrantischen Organisationen	Politische Bildung und Aufklärungsarbeit

2. Quantitative Analyse: Auszug aus den soziodemographischen Daten der Online-Befragung

Wie alt sind Sie?

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	21 bis 29 Jahre	26	21,1	23,9	23,9
	30 bis 39 Jahre	23	18,7	21,1	45,0
	40 bis 49 Jahre	30	24,4	27,5	72,5
	50 bis 59 Jahre	21	17,1	19,3	91,7
	60 Jahre oder Älter	9	7,3	8,3	100,0
	Gesamtsumme	109	88,6	100,0	
Fehlend		14	11,4		
Gesamtsumme		123	100,0		

Welches Geschlecht haben Sie?

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	weiblich	68	55,3	63,0	63,0
	männlich	40	32,5	37,0	100,0
	Gesamtsumme	108	87,8	100,0	
Fehlend		15	12,2		
Gesamtsumme		123	100,0		

Zuwanderung

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	keine Angabe	7	5,7	6,4	6,4
	selbst zugewandert	78	63,4	71,6	78,0
	mindestens ein Elternteil zugewandert	24	19,5	22,0	100,0
	Gesamtsumme	109	88,6	100,0	
Fehlend	-99,00	14	11,4		
Gesamtsumme		123	100,0		

Wann sind Sie oder Ihre Eltern nach Deutschland zugewandert?

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	Zwischen 2023 und 2025	3	2,4	3,0	3,0
	Zwischen 2021 und 2022	5	4,1	5,0	7,9
	Zwischen 2016 und 2020	7	5,7	6,9	14,9
	Zwischen 2011 und 2015	12	9,8	11,9	26,7
	Zwischen 2001 und 2010	16	13,0	15,8	42,6
	Zwischen 1991 und 2000	16	13,0	15,8	58,4
	Zwischen 1961 und 1990	34	27,6	33,7	92,1
	Vor 1961	2	1,6	2,0	94,1
	Keine Angabe	4	3,3	4,0	98,0
	Weiß ich nicht	2	1,6	2,0	100,0
	Gesamtsumme	101	82,1	100,0	
Fehlend		22	17,9		
Gesamtsumme		123	100,0		

Anzahl Staatsangehörigkeiten (SYSMIS als 0 behandelt)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	1,00	77	62,6	71,3	71,3
	2,00	31	25,2	28,7	100,0
	Gesamtsumme	108	87,8	100,0	
Fehlend	,00	15	12,2		
Gesamtsumme		123	100,0		

Staatsangehörigkeit

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	Deutsch	38	30,9	35,2	35,2
	EU	12	9,8	11,1	46,3
	Drittstaat	27	22,0	25,0	71,3
	Doppelte Staatsangehörigkeit	31	25,2	28,7	100,0
	Gesamtsumme	108	87,8	100,0	
Fehlend	-99,00	15	12,2		
Gesamtsumme		123	100,0		

Welchen höchsten Schulabschluss haben Sie erworben?

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulative Prozente
Gültig	sonstiges	2	1,6	1,9	1,9
	Haupt-, Mittel-, Realschule	7	5,7	6,7	8,6
	Gymnasium, Fachoberschule	14	11,4	13,3	21,9
	Berufsausbildung in Berufsfachschule, Duale Ausbildung	15	12,2	14,3	36,2
	Universität, Hochschule	65	52,8	61,9	98,1
	keine Angabe	2	1,6	1,9	100,0
	Gesamtsumme	105	85,4	100,0	
Fehlend		18	14,6		
Gesamtsumme		123	100,0		

2. Deskriptive Statistik: Gründe für eine Nicht-Teilnahme an der letzten Wahl des Integrationsrates

Minimum-Wert 1 = trifft überhaupt nicht zu; Maximum-Wert 5 = trifft voll und ganz zu

	N	Minimum	Maximum	Mittelwert	Standardabweichung
Ich hatte kein Interesse.	32	1	5	2,5	1,36783
Ich wusste nichts von der Wahl.	31	1	5	2,9	1,70009
Ich weiß nicht was, die Aufgaben des Integrationsrats sind.	31	1	5	3,2	1,20304
Ich hatte zu wenige Informationen über Parteien, Kandidaten und deren Themen.	32	1	5	4,0	,98374
Ich fühlte mich von keinem Kandidaten ausreichend vertreten.	31	1	5	2,9	1,31493
Der Integrationsrat kann nichts bewirken.	32	1	5	2,8	1,11984
Ich verstehe zu wenig deutsch.	29	1	5	1,4	1,05513
Ich hatte keine Zeit.	29	1	5	2,2	1,40548
Gültige Anzahl (listenweise)	27				